

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
3ⁿ beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3389.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wisludstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 $\frac{1}{2}$
Bergnügungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Versammlungs-
Anzeigen und Stellendermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen, agitirt kräftig für den Verband!

Lohnbewegung.

Aischaffenburg. Zuzug von Tischlern ist fernzuhalten, da sich die Kollegen im Abwehrstreik befinden.

Zuzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach München, Kofok, Breslau, Lindenwalde (Werkstätten von Neumann, Hirschel und Junke), Aperrade (Gebhardt's Werkstätten), Hörde (Werkstätten von Viebahn und S. Schopf), Nemscheid (A. Gottwald's Werkstätten), Sagen i. W. (S. Freitag und die Turngeräthefabrik von Meier), Singen (Amt Konstanz) (Schreinermeister S. Rehmer), Fürstenthal; von Tischlern und Drechslern nach Stettin, Grabow, Bredow; nach Leipzig (Piano-Mechanik- und Halbtonfabrik von Morgenstern & Kotrade); von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lübeck; von Tischlern, Glasern und Maschinenarbeitern nach Dresden und Pillnitz; von Drechslern nach Stienach (Wäbelfabrik von Otto Niemann); von Stuhlbauern nach Oberhausen (Lerlingen); von Harmonikarbeitern nach Magdeburg-Wilhelmstadt (Zraugott Schneider & Co.)

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; in anderen Fälle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Arbeiterschutz.

Arbeiterschutz und Sozialreform sind mit Recht die Stiefkinder der gesetzgebenden Kreise der meisten sogenannten kulturellen Großstaaten. Nirgends beobachten wir ein freiwilliges Eingreifen der Herrschenden zum Zwecke der Verbesserung der materiellen Daseinsbedingungen des Volkes; nirgends der feste, entschlossene Wille, eine Aenderung bestehender Uebel zu veranlassen, überall nur ein Ueberwiegen des momentanen Augenblicksinteresses, das im krassesten Egoismus alle aufkeimenden Menschlichkeitsgefühle in den Hintergrund einer stumpfsinnigen Unthätigkeit drängt. Ist aber selbst hier und da durch das unentwegte Eintreten der Arbeiterschaft selbst ein angeblich zu deren Schutze bestimmtes Gesetz erlassen worden, so zeigt in allen Bestimmungen die herrschende Klasse neben dem sozialpolitischen Unverstand den nackten Egoismus, der krampfhaft an den veralteten Klasseninteressen festhält, und das „Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß“ wird zur fundamentalen Grundlage aller bürgerlichen Reformen. Die reaktionäre Tendenz der liberalen Gesetzgebung zeigt sich insbesondere in dem auffallenden Umstande, daß die äußerst dürftigen Schutzbestimmungen des diversen Arbeiterschutzes noch durch zahlreiche Ausnahmen durchlöchert sind, so daß die hauptsächlichsten Vorschriften, welche insbesondere Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit usw. betreffen, nicht unwesentlich ungünstig beeinflusst und abgeschwächt werden, während andererseits die Berichte der Aufsichtsbeamten alljährlich mit untrüglicher Beweisraft zeigen, daß durch die vielseitig mangelhafte Durchführung des Gesetzes die Wirkung desselben für einzelne Arbeiterkategorien ganz aufgehoben und illusorisch gemacht wird. Von solchen maßgebenden Erwägungen geleitet, müßten die herrschenden Parteien schon längst die Ueberzeugung gewonnen haben, daß, wenn die Aufgabe vorliegt, die soziale Noth eines Volkes dauernd zu beseitigen, „kleine Mittel — wie J. Stuart Mill sagt — nicht lediglich kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine Wirkungen zur Folge haben,“ wenn nicht der vorwärtliche Geist eines — liberal gewesenen Renegatenthums in allem Thun und Lassen als bestimmender Faktor wirken würde. Der Zweck der Hebung der Klassenlage der Arbeiter, in soweit dieselbe innerhalb der heutigen Gesellschaft möglich ist, muß in

erster Linie dahin gerichtet sein, die Arbeiter vor weiterem physischen und moralischen Zerfall zu schützen, sie kampffähig und vertraut mit dem allmähigen Herannahen einer gewaltigen Zeit zu machen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß daher eine jede wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung jene Bestimmungen enthalten, welche der eminenten Ausbeutung einigermaßen hemmend in den Weg treten, was insbesondere gesetzliche Fixirung eines verkürzten Normalarbeitstages, Einschränkung resp. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit bedeutet.

Welche Wirkungen der verkürzte Arbeitstag unmittelbar nach sich ziehen müßte, ist in unzähligen Versammlungen und Artikeln dargethan worden. Abgesehen davon, daß den Arbeitern dadurch die Gelegenheit erwächst, sich geistig erholen und entwickeln zu können, was somit eine Stärkung des Klassenbewußtseins bedeutet, steigt die Produktivkraft und eröffnen sich von diesem Gesichtspunkte aus neue Bahnen des Fortschritts. Als deutlicher Beleg mag in dieser Richtung die Aeußerung des österreichischen Gewerbeinspektors von Pilsen dienen, wenn er in seinem Amtsberichte für 1893 von einer wichtigen Neuerung in den gräßlich rothlichtigen Eisenwerken zu Bothen vermeldet, die darin besteht, daß die Direktion für ihre Arbeiter den achtfündigen Arbeitstag einführt. Nach einem Berichte eines staatlichen Beamten hat also die Verkürzung der Arbeitszeit neben dem günstigen Umstand, daß die Arbeiter ihre Mahlzeiten frisch gekocht in den Wohnungen einnehmen können, den Vortheil, daß sie entschieden kräftiger werden und in den acht Stunden bedeutend mehr leisten, als in der früher bestandenen zwölfstündigen Arbeitsdauer. Betrachtet man noch, daß der Arbeiter bei einer meist äußerst erschöpfend wirkenden Arbeitsdauer entschieden vorsichtiger in seinen Leistungen wird, wodurch die Gefahr, aus der die unzähligen Betriebsunfälle resultiren, schwindet, so ist der sozialpolitische Werth einer derartigen gesetzlichen Bestimmung nicht zu verkennen.

Was endlich die schwerwiegenden Folgen der in allen kapitalistischen Staaten zur höchsten Blüthe entfalteten Kinderarbeit anlangt, so werden dieselben für Denjenigen sofort klar, der die armen Geschöpfe in den Fabrikbetrieben einer Betrachtung unterzieht. Neben dem innerlichen Siechthum sind es insbesondere Verkümmungen des Rückgrates und der Beine infolge des langen Stehens, allgemeine Erschlaffung des Körpers, Verdauungsbeschwerden und Hypochondrie. Die Abnormität zeigt sich insbesondere in den stark gebogenen O-Beinen der in der Textilindustrie beschäftigten Kinder, da infolge des Stehens bei den Maschinen der Oberkörper einen ständigen Druck auf die Hüften und Beine ausübt. Die Folgen der gewerblichen Kinderarbeit unter 14 Jahren werden anschaulich durch die Untersuchungen, die ein Lehrer in Sachsen (Amtshauptmannschaft Plauen) über den geistigen und körperlichen Gesundheitszustand der Kinder gemacht hat. Es befanden sich demnach unter 754 Schulkindern 197 Kurzstichtige, 6 Schwerhörige, 8 Stotterer, 1 Taubstummer, 6 Gebrechliche, 10 Kränkliche, 2 Schwachköpfige und 102 Schwachbegabte. Was hier unter den Begriff „Schwachbegabte“ fällt, ist wohl unstrittig auf Konto der ebenso rapid verbreiteten Frauenarbeit zu setzen. Neben der Konkurrenz, die aus derselben in vielen Berufen der gelehrten Männerarbeit erwächst, zeitigt dieselbe auch die unheilvollsten Nachteile für die heranwachsende Generation. Die giftstoffhaltigen Miasmen der Fabrik üben nachweisbar einen enorm schädlichen Einfluß auf den weiblichen Organismus aus, der insbesondere zur Zeit der

Schwangerschaft schon verderblich auf das befruchtete Ei wirkt und die steigenden Todtgeburten in den Industriezentren zur unausbleiblichen Folge hat. Die offizielle Statistik Oesterreichs sagt uns, daß sich mit dem Fortschreiten der Industrie die Todtgeburten in der Weise mehrten, daß, während im Jahre 1876 jedes 41. Kind, welches geboren wurde, todt zur Welt kam, dies 10 Jahre später schon bei jedem 36. der Fall war, und daß dieses dort am häufigsten einzutreten pflegt, wo die Frauen in der Industrie thätig sind, zeigt folgendes Verhältniß: Während auf je 10 000 Geburten in Tirol 123, in Krain 171, in Mähren 211 Todtgeburten entfallen, ist das Verhältniß in den Gegenden, wo Industrie und Gewerbe eine Rolle spielen, eine bei Weitem ungünstigere. So kommen z. B. in Wien auf 10 000 Geburten 507, in Linz 533, in Salzburg 537, in Graz 559, in Brünn 465 und in Reichenberg 512 Todtgeburten. Wenn nun auch nicht immer Todtgeburten das direkte Ergebnis solcher Einflüsse sind, so ist die physische Entartung der Neugeborenen die regelmäßige Folge, und Dr. Reich sagt dazu treffend: „Schädliche Außeneinflüsse, welche die schwangere Frau treffen, haben eine mehr oder minder verhängnisvolle Wirkung auf die Frucht und bereiten deren Gebrechlichkeit oder frühzeitigen Untergang vor.“

In Erwägung solcher für den niedrigen Kulturzustand der Gegenwart sprechenden Thatsachen liegt also die weitgehendste Arbeiterschutzgesetzgebung im Interesse der physischen und moralischen Zukunft des Volkes. Wir meinen daher auch keineswegs, daß die in dieser Richtung angebotenen Reformen von ausschlaggebender Bedeutung sein sollen, da wir uns sozusagen nur mit einer Quintessenz von sozialreformatorischen Bestrebungen besaßen. Es ist klar, daß mit dem mannigfaltigsten Schutze in rein wirtschaftlicher Beziehung die weitgehendste politische Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit verbunden sein muß, wenn alle anderen Errungenschaften nicht bedeutungslos sein sollen. Die kleinbürgerlichen Reformbestrebungen, welche „ot aliquid fiat“ als Abschwächungsmittel gegen die Sozialdemokratie in's Feld geführt werden, müssen für jeden Vernünftigen als höhnenbes Spiel erscheinen, das wahrlich nicht geeignet sein dürfte, die Lösung der sozialen Frage in friedliche Bahnen zu lenken.

Bilder aus der Holzindustrie.

III.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schreinergehülfen in Mainz.

Mainz gehört zu denjenigen Orten, in denen die Schreinergehülfen eigentlich recht spät sich ihrer Lage bewußt geworden sind. Erst zu Anfang der 70er Jahre gelang es einzelnen Genossen, einen Einfluß auf dieselben auszuüben, indem sie eine „Union“ gründeten, die sich 1872 bereits kräftig genug fühlte, um einen Streik durchzuführen zu können. Doch waren die Möbelfabrikanten schon damals auf dem Posten, um die Bewegung im Keime zu ersticken. Sie gründeten einen Verband, „um den willkürlichen Anforderungen der Gesellen ein Ziel zu setzen“. Der Verband nahm jedes seiner Mitglieder in eine Strafe von 25 Gulden, das Gesellen beschäftigt, ohne daß diese mit einem Arbeitsberechtigungsschein vom Arbeitsnachweisbureau versehen waren. Schwarze Listen von streikenden Gehülfen waren damals schon Mode. 84 Meister in Mainz und den Nachbarstädten hatten sich schriftlich verpflichtet, keinen auf der Liste stehenden Gehülfen zu beschäftigen. 1883 trat an Stelle der aufgelösten „Union“ der „Fachverein“. Seitdem haben die Kämpfe der Gehülfen mit den Meistern um günstigere Lohn- und Arbeits-

bedingungen eigentlich nie aufgehört; allgemeine und Werkstättenstreiks wechselten mit einander ab, und vornehmlich handelte es sich um Abschaffung des Akkordsystems. Dies war bis zum Jahre 1892 der unfruchtbarste Punkt in den Kämpfen der Mainzer Tischler. Führt schon die Akkordarbeit allgemein zu einer Schädigung der Arbeiter, so in Mainz namentlich in der Großmöbelindustrie ganz besonders, weil dort das Gruppen-Akkordsystem eingeführt ist, bei dem sich dann zwischen Arbeitgeber und Arbeiter noch ein Subunternehmer einschleibt. Da in den großen Werkstätten Arbeiten angefertigt werden, die Monate zu ihrer Herstellung bedürfen, ist die Verakkordung um so schwieriger. Die Zeichnung wird auf dem Bureau hergestellt, nach ihr die Lohnsumme kalkuliert. Der Verakkordirende, der das Verakkordieren mit den Arbeitern besorgt, kennt die Zeichnung schon länger, die Arbeiter nicht, und da kam es häufig vor, daß die Arbeiter benachteiligt wurden. Stellenweise ist heute wenigstens die Zeichnung einer größeren Arbeit an einem leicht zugänglichen Orte aufgehängt; die Kollegen können sich mit einander beraten und über den Preis einig werden. Doch selbst in diesen Fällen werden die Arbeiter aus mancherlei Gründen die Dummen sein.

Erst im Jahre 1892 ist dem Uebelstande in etwas abgeholfen, indem wenigstens eine bestimmte Abschlagszahlung gegeben werden mußte. Doch kümmert sich heute kein Mensch mehr darum. Die Fabrikanten und Großmeister geben Abschlagszahlung, je nachdem sie den Fortgang der Arbeit tagiren, M. 12, 13 und 14 pro Woche. Nur eine, und zwar die größte Firma zahlt die vereinbarte Abschlagszahlung voll aus bis zu Ende des Akkords. Thatsache ist, und die Arbeiter erklärten dies Herrn Dr. Hirsch auf Befragen, daß sie nur in 25 pSt. der Fälle beim Akkord gewinnen, in 75 pSt. aber zu kurz kommen, so daß ihnen in ein, zwei, ja selbst drei Wochen kein Geld mehr gezahlt würde. Ein weiterer Uebelstand kommt bei der Akkordarbeit noch in Betracht, und zwar die Berechnung der Maschinenarbeit. Wer es versteht, den Maschinen so viel als möglich an Vorteilen abzugewinnen, ist demjenigen seines Mitarbeiter gegenüber im Vorteil, der dies weniger kann. Dadurch wird aber das ganze Lohn- und Akkordsystem immer verwickelter und schwieriger, und von einer Gleichberechtigung der Arbeiter kann selbstverständlich gar keine Rede sein.

Den Forderungen der Arbeiter: diesen unleidlichen Zustand zu beseitigen und Tagelohnarbeit einzuführen, ist bisher von den Fabrikanten immer nur entgegenschalten worden, daß bei Akkordarbeit neben prompterer Fertigstellung auch der größere Fleiß der Arbeiter für die Einführung der Lohnarbeit abhalten werde. Also immer nur das Interesse der Fabrikanten kommt bei der Akkordfrage in Betracht; er wälzt das Risiko ganz auf seine Arbeiter ab, d. h. der Fabrikant stellt bei zu niedrig bemessenem Akkord sein Risiko auf Null und kann, wie dies theilweise ja noch geschieht, noch großmüthig sein und dem Arbeiter für die Woche, welche er ja sonst umsonst arbeiten mußte „von Rechts wegen“, noch einige Hungerpfennige auszahlen.

Herr Dr. Hirsch glaubt zwar nicht, daß in Mainz die Lohnarbeit eingeführt wird, wenn er auch die Ueberzeugung hat, daß es ohne Schaden für die Arbeitgeber geschehen könne, aber er weiß dazu ein anderes Mittel, um die Schattenseiten des Akkordsystems etwas zu mildern, und zwar meint er, durch Einführung von Arbeiterausschüssen zum Zwecke, den Arbeitern bei Verakkordung mit Rath zur Seite zu stehen. Herr Dr. Hirsch meint weiter: „Durch das Bewußtsein des Arbeiters, daß seine ältesten Gewissen bei Festsetzung des Akkords ein Wort mitzusprechen hätten, würde der soziale Frieden in einem Gewerbe wiederkehren, in dem, als einem kunstgewerblichen, trotz des Sieges des Großbetriebes die Freude an der Einzelarbeit von Natur aus zu Hause ist. Das sind allerdings Zukunftsbilder, von denen wir wohl noch durch eine Reihe von Jahren getrennt sind; aber auch die Fabrikanten und Großmeister der Mainzer Möbelindustrie werden über kurz oder lang sich vergegenwärtigen müssen, daß die Arbeiter eine gleichberechtigte Partei sind, mögen sie sozialbewußtlich sein oder nicht, mit der man paktiren muß, und die man nicht so haant an has (von oben herunter) behandeln darf.“ Das Letztere ist der gleiche Standpunkt, den die Mainzer Arbeiter, wenigstens die organisierten, immer vertreten haben, mit welchem Erfolge, ist bekannt; sie sind meistens theils den Fabrikanten unterlegen. So lange die Mainzer Schreiner sich nicht organisieren und den Fabrikanten durch die Macht ihrer Organisation den Boden erbringen, daß sie nicht so haant an has behandelt werden wollen, werden die Arbeiterausschüsse nicht den sozialen Frieden herzustellen vermögen, erst die Stärke der Organisation wird den Ausschüssen ein Rückhalt sein und sie zu einer für die Arbeiter nützlichen Institution machen.

Was nun die Löhne und Arbeitszeit in Mainz anbelangt, so waren beide verschiedenen Schwankungen unterworfen. In der Möbelindustrie betrug der höchste Durchschnittslohn M. 21, und zwar 1871 in der Gründerperiode, ist heute aber auf M. 18 gesunken. Ein ehemaliger Arbeitgeber hat Herrn Dr. Hirsch berichtet, daß dieser Lohn keine genügende Bezahlung für einen Arbeiter ist, wenn man bedenkt, was er Alles wissen, was er leisten muß, aber der Fabrikant kann bei der gegenwärtigen Geschäftslage nicht mehr zahlen.

Weiter will Herr Dr. Hirsch Angaben darüber erhalten haben, daß die Löhne in der Bauindustrie von 1876—1890 konstant gesunken sind, während noch einer anderen Aufstellung die Preise für Bauindustrie von 1872—1894 gesunken seien.

Der Tagelohn sei von 43 auf 50 \mathcal{M} im gleichen Zeitraum gestiegen. Nachden uns vorliegenden drei Statistiken des früheren Tischlerverbandes scheint das nicht ganz zutreffend zu sein. Im Jahre 1887 arbeiteten in Mainz 505 Gesellen in 42 Geschäften und verdienten 28 \mathcal{M} pro Stunde oder pro Tag M. 2,94 bei zehneinhalbständiger Arbeitszeit sowohl in Lohn als in Akkord. Während die Einnahme pro Jahr nur M. 882 betrug, beziffert sich die Ausgabe auf M. 1673,34. Dieses Mehr wurde durch Sonntagsarbeit, durch Ueberstunden und durch den Mitverdienst der Frau aufgebracht. Im Jahre 1889 wurde durch die Lohnbewegung die zehneinhalbständige, theilweise sogar die neuneinhalbständige Arbeitszeit errungen, dementsprechend stieg auch der Stunden- resp. Akkordlohn auf 31 bzw. 30 $\frac{1}{2}$ \mathcal{M} pro Stunde und die Jahreseinnahme der Lohnarbeiter auf 930, die der Akkordarbeiter auf M. 915.

Wer unsere Schilderung bis hierher verfolgt hat, wird es sich erklären können, woher es kommt, daß die Akkordarbeiter weniger als die Lohnarbeiter verdienen. Im Jahre 1891 war gerade dies Verhältnis für die Akkordarbeiter noch ein viel ungünstigeres. Während die Zeitlohnarbeiter pro Stunde 34 \mathcal{M} verdienten, mußten die Akkordarbeiter mit 29,9 \mathcal{M} vorlieb nehmen. Der Durchschnittsjahresverdienst aller Mainzer Schreiner betrug M. 969, die Ausgabe M. 1976. Zweifellos ist die Differenz der Mehrausgabe gegenüber dem Jahre 1887 auf eine Vertheuerung der Lebensmittel und der Wohnungsmiethen, als auch auf die höheren Bedürfnisse der Arbeiterfamilie zurückzuführen. Die Statistik des Herrn Dr. Hirsch, daß der Lohn in der Periode von 1872—1891 schon von 43 auf 50 \mathcal{M} gestiegen sei, trifft nicht zu; der Lohn hat bis zum Jahre 1894 die Höhe von 45,8 \mathcal{M} noch nicht überschritten. Der niedrigste Lohn betrug 20,3 \mathcal{M} , der Durchschnittsverdienst 36,4 \mathcal{M} pro Stunde oder pro Woche M. 21,84 bei durchschnittlich 59 stündiger Arbeitszeit.* Herr Dr. Hirsch sagt selbst, daß der Lohn heute auf M. 18 bei 60 stündiger Arbeitszeit gesunken ist. Einer besseren Beweisführung für die Thatsache, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tischler in Mainz durchweg einer Aufbesserung bedürften und die Mainzer Schreiner alle Ursache hätten, sich zu organisieren, bedarf es nicht.

Ueber die von dem „Arbeitgeberverband“ eingeführten Entlassungsscheine und den Arbeitsnachweis sagt Herr Dr. Hirsch, daß der letztere in der Hand der Arbeitgeber als ein Mittel blieb, um die Arbeiter in der Gewalt zu behalten. Ist ein Geselle nicht ordnungsgemäß entlassen, wovon jeder Arbeitgeber durch den Entlassungsschein sich zu überzeugen verpflichtet ist, so wird der Name mit Angabe von Gründen, weshalb aus der Arbeit getreten und ob dem bisherigen Arbeitgeber ein Schaden entstanden ist, in ein Buch, das sogenannte „Schwarze Buch“, eingetragen, das den Arbeitgebern stets zur Einsicht zur Verfügung steht. In dies Buch werden auch alle die Arbeiter eingetragen, die sich im Streik und bei anderen Gelegenheiten mißlieblich gemacht haben. An das Gewerbegericht, so sagt Dr. Hirsch, wenden sich die Fabrikanten nicht, wenn ihnen ein Arbeiter den Akkord liegen ließ, sie suchen mehr auf Privatwegen den Streik zu regeln, wo der wirklich stärkere immer Recht hat.

Mit der Führung des „Schwarzen Buches“ sei es lediglich auf eine Unterdrückung jeder selbstständigen Arbeiterbewegung abgesehen, sagt Herr Dr. Hirsch, das zeige sich auch äußerlich darin, daß vor dem 21. Wochen dauernden Streik 1890 600 Mitglieder im Fachverein waren und 1893 am 1. Oktober nur noch 102. Die erstere Zahl stimmt nach der Abrechnung zwar nicht; wir zählten in der zweiten Hälfte 1890 218 und in der ersten Hälfte 1891 290 Mitglieder; nach dieser Zeit ist die Mitgliederzahl bis unter 100 gefallen. Doch thut die Differenz wenig zur Sache. Fest steht, daß die Macht der Unternehmer unsere Organisation theils lahmgelegt hat, theils aber auch die Interesse- und Muthlosigkeit der dortigen Kollegen die Machtlosigkeit unserer Zahlstelle in Mainz hervorrief. Ob die Arbeiter, bevor sie eingeklistert werden, thatsächlich unterschreiben müssen, daß sie dem Fachverein nicht angehören, ist uns nicht erinnerlich, wenn ja, dann wird diese erzwungene Unterschrift, die nichts weiter als eine vollständige Niederhaltung der Arbeiter beweist, nicht von ewiger Dauer sein. Ob Gewerbegericht und städtisches Arbeitsamt, von welchen sich Herr Dr. Hirsch mancherlei Besserung verspricht, diesen Erwartungen entsprechen, können wir nicht beurtheilen; die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes in Mainz beträgt wenig über 100, ein Zeichen, daß solche Institutionen zur Besserung der Arbeiterlage wenig oder garnichts beitragen können, wenn auf anderer Seite durch Depressionsmittel auf den Arbeiter eingewirkt wird, von ihrem ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht keinen Gebrauch zu machen. So lange man in den Arbeitgeberkreisen zu der Ueberzeugung nicht gelangt, Herr Dr. Hirsch, daß es im wohlverstandenen Interesse des Gewerbes selbst liegt, wenn sich Arbeiter und Arbeitgeber gleichberechtigt gegenüberstellen, so lange wird der Kampf eben fort dauern zum Schaden des Gewerbes und aller daran Theilhabenden. Möchten sich nur die Arbeiter einig sein, sich ihrer Macht bewußt werden, dann würde sehr bald Handel zum Besseren geschaffen werden. Vielleicht geben diese Ausführungen den Mainzer Kollegen Anlaß, einmal über sich selbst und ihre tieferliegende abhängige Lage nachzudenken.

* Die Lage der deutschen Holzarbeiter. Ergebnis statistischer Erhebungen für das Jahr 1893. Verlag von Carl Klotz, Stuttgart.

Der Streit der Lübecker Holzarbeiter vor dem Einigungsamte.

Wie bereits mitgetheilt, wandten sich die Herren Möbelfabrikanten abermals, und zwar in einem sehr umfangreichen Schreiben, an den Vorsitzenden des Einigungsamtes, Herrn Senator Dr. Schön, mit der Bitte, nochmals einen Einigungsversuch mit den Streikenden anzubahnen.

Unsererseits wurde nunmehr der Vorschlag angenommen, und fand die erste Verhandlung vor dem Einigungsamte am 31. Juli statt. Schon die Zusammenkunft desselben bot uns die Gewähr, daß keine Einigung zu erzielen sei; waren es doch dieselben Herren, mit denen die Subkommission bereits als Kommission des Arbeitgeberverbandes erfolglos verhandelt hat, die von den Herren Möbelfabrikanten als Vertrauensmänner (Beisitzende) berufen wurden.

Auf Antrag unserer Vertreter wurden zunächst sämtliche Schriftstücke nebst Anlagen vorgelesen. Unsererseits war ebenfalls ein Schreiben eingebracht, worin eine eingehende Begründung unserer Forderung, sowie ein Ueberblick über den Verlauf des Lohnkampfes und Widerlegung der Unrichtigkeiten in dem Schreiben der Fabrikanten gegeben war.

Zu Punkt 1 unserer Forderung, neuneinhalbständige Arbeitszeit, erklärte Herr Wasserkradt, daß diese für die Fabrikanten unannehmbar sei. Derselben Schlagwortes von der schweren Schädigung der Industrie wurden wiederum aufgesetzt. Die Betriebskosten, so der Verbrauch von Kohlen und Maschinenöl, sowie die Beiträge für Invalidität usw. stellten sich bei neuneinhalbständiger Arbeitszeit genau so hoch wie bei zehn Stunden. Ferner seien sie gezwungen, mit Orten wie Schwerin, Rostock, Kiel, Breslau, Stettin, sowie ganz Pommern zu konkurriren. In Pommern sei noch die elfstündige Arbeitszeit üblich. Von Seiten der Streikenden wurde betont, daß die Herren über die Dauer der Arbeitszeit in den angeführten Orten falsch unterrichtet seien, so habe Breslau bereits die nun uns geforderte Arbeitszeit, während in Rostock und Stettin ebenfalls um dieselbe gekämpft wurde. Es wurde darauf hingewiesen, warum denn nicht Berlin, Stuttgart, Mainz usw., welche doch für den Möbelexport hauptsächlich in Betracht kämen, nicht herangezogen würden, dort bestehe doch die neuneinhalbständige, in Berlin sogar die neuneinhalbständige Arbeitszeit. Aber ganz abgesehen hiervon, dieses läme für Lübeck garnicht in Betracht, die in Frage kommenden Fabrikanten arbeiten, mit Ausnahme von einem, welcher Spezialartikel verfertigt, nur für den Platz und treten daher als Konkurrenten unserer hiesigen Arbeitgeber auf, welche unsere Forderungen längst bewilligt; Erstere seien, da im Besitz von technischen Hilfsmitteln, gegenüber den Letzteren bedeutend im Vortheil. Die Arbeiter könnten daher auf diese Forderung auf keinen Fall verzichten.

Unter Bezugnahme auf das seitens der Streikleitung an das Einigungsamt gerichtete Schreiben fügte sich Herr Fabrikant Schramm veranlaßt, der Wahrheit die Ehre zu geben, indem er erklärte, die Aeußerung: „Daß unseren Verbündeten (den Metallindustriellen) gegebene Ehrenwort hindert uns, die neuneinhalbständige Arbeitszeit einzuführen.“ habe er in der Sitzung mit der Subkommission fallen lassen.

Diese Worte waren in der Sitzung mit dem Arbeitgeberverbande „offiziell“ von Herrn Thiel bestritten worden, ebenfalls war in dem Schreiben der Möbelfabrikanten, welches Herr Schramm selbst mit unterzeichnet hat, diese Erklärung in Abrede gestellt.

Geradezu erheitend mußte es wirken, wie Herr Wasserkradt auf eine Anfrage eines Arbeitnehmerbeisitzers, wodurch die Fabrikanten den Handwerksmeistern gegenüber im Nachtheil zu sein glaubten, ausführte, wie schwer der Großbetrieb mit dem Handwerk zu kämpfen habe. Die Fabrikanten müssen sehr hohe Beiträge für Unfallversicherung leisten, während die Arbeitgeber ohne Maschinenbetrieb zum Theil garnicht versicherungspflichtig seien, theils sehr niedrige Beiträge zu zahlen hätten. Ebenso müßten sie bei der Feuerversicherung 15 pSt. leisten, während den Handwerksmeistern nur zwei Prozent berechnet würden.

Arbeitgeberbeisitzer Herr Thiel, von der Leistung seiner Getreuen anscheinend nicht sehr befriedigt, schied sich an, eine längere Rede zur Vertbeidigung der zehneinhalbständigen Arbeitszeit zu halten, wird aber vom Vorsitzenden belehrt, daß dieses nicht zu den Befugnissen eines Beisitzers gehöre.

Da über diesen ersten Punkt keine Einigung zu erzielen ist, wird dieser vorläufig zurückgestellt und zur Berathung der anderen Punkte geschritten.

Dieselben werden sämmtlich von den Fabrikanten bewilligt, jedoch mit der Bedingung, daß von Seiten der Gesellen in Bezug auf die Arbeitszeit nachgegeben werde.

Herr Schramm hebt nochmals das große Entgegenkommen ihrerseits hervor und bezweifelt, daß umgekehrt die Arbeiter bereit wären, falls ihnen die Arbeitszeit bewilligt würde, auf die übrigen Forderungen zu verzichten. Von einem Vertreter der Streikenden wird in Aussicht gestellt, falls uns die neuneinhalbständige Arbeitszeit bewilligt wird, würden wir auch über die anderen Punkte mit uns reden lassen.

Das Einigungsamt zieht sich zurück, um eventuell einen Vergleichsvorschlag zu machen. Nach kurzer Berathung verhandelt der Vorsitzende, daß das Einigungsamt nicht in der Lage sei, einen Vergleichsvorschlag machen zu können.

Die Verhandlung wird darauf bis Montag, den 2. August, vertagt und den Vertretern anheingeegeben, nochmals mit ihren Auftraggebern Rücksprache zu nehmen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 2. August erklärt Herr Schramm Namens der Möbelfabrikanten, daß nach sorgfältiger Erwägung in eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen schweren Schädigung der hiesigen Möbelindustrie nicht eingewilligt werden könne. Sie seien bereit, den Kampf unter denselben Bedingungen wie i. B. in Kiel zu beenden. Darnach sollen für Werkstattdarbeit 38 \mathcal{M} , für Arbeiten im Van 40 \mathcal{M} Normallohn und sogar ein Mindestlohn von 35 \mathcal{M} gezahlt werden. Für Drechsler sei man bereit, 34 \mathcal{M} Normallohn zu bewilligen. Seitens der Arbeitnehmer wird erklärt, daß sie an der Forderung der neuneinhalbständigen Arbeitszeit unbedingt festhielten. Dagegen seien sie bereit, auf den Normallohn von 38 \mathcal{M} zu verzichten, falls ihnen der früher bei zehn Stunden Arbeit übliche Tagesverdienst bei neuneinhalbständiger Arbeitszeit zugesichert würde, was einem Aufschlag von 5 pSt. gleich käme. Auch der Aufschlag für Nachtarbeit sei von 50 auf 25 pSt. ermäßigt.

Seitens des Einigungsamtes werden zwei Vorschläge gemacht:

1. Die Arbeit wird vorläufig zu zehn Stunden wieder aufgenommen und ein Ausschuss von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern gebildet, welcher die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu prüfen hat. Die Lohnfrage wird sofort geregelt.

2. Die Arbeit wird einstweilen bei zehn Stunden Arbeitszeit wieder aufgenommen, jedoch erfolgt die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit spätestens mit Jahreschluss.

Die Arbeitgeber erklärten sich für den ersten und gegen den zweiten Vorschlag.

Die Arbeitnehmer erklärten sich dagegen für den zweiten und gegen den ersten Vorschlag.

Die Arbeitgeber beantragten einen Schiedsspruch über den ersten Punkt. Von Seiten der Streikenden wurde erklärt, daß sie sich nur einem Schiedsspruch fügen werden, der die 9 1/2 stündige Arbeitszeit auspricht. Somit war das Einigungsamt zu der Erklärung gezwungen, daß der Einigungsversuch als gescheitert zu betrachten sei.

Senator Dr. Schön bemerkt, man möge diesen Versuch nicht als den letzten in diesem Streit betrachten, er sei bereit, jederzeit wieder das Einigungsamt zu berufen event. auch persönlich die Vermittlung zu übernehmen. Der Hinweis auf Kiel sei für Lübeck nicht zutreffend, dort habe man gleich zu Beginn des Streiks das Einigungsamt angerufen; hier komme man nach vier Monaten.

Ferner sei in Betracht zu ziehen, daß hier sämtliche in Frage kommenden Arbeitgeber die verkürzte Arbeitszeit bewilligt haben, während in Kiel die zehnstündige Arbeitszeit noch vorherrschend ist.

In einer am 3. August tagenden Mitgliederversammlung wurde nach eingehendem Bericht über die Verhandlungen einstimmig beschlossen, sich mit der Haltung unserer Vertreter vollkommen einverstanden zu erklären.

Wenn die Hintermänner der Möbelfabrikanten etwa geglaubt haben, durch diese Verhandlung die öffentliche Meinung für sich gewinnen zu können, so muß dieser Versuch als total mißglückt bezeichnet werden. Kein unbefangener Mensch wird durch die lendenlahme Begründung der Fabrikanten zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß der Großbetrieb dem Kleinhändler gegenüber nicht konkurrenzfähig bleibe, wenn ersterer die gleichen Bedingungen einführte, wie letzterer sie hat.

Hieran wird selbst der Hinweis auf die hohen Ausgaben für Maschinenöl, welche nun einmal bei 9 1/2 Stunden die gleichen sein sollen wie bei 10 Stunden, nichts ändern.

Daß die Lübecker Kollegen nicht gewillt sind, ihre Hauptforderung fallen zu lassen, dafür bürgt die Haltung der Streikenden während der viermonatlichen Dauer des Streiks.

Kollegen allerorts! Macht es Euch zur Ehrenpflicht, den Bezug nach Lübeck fernzuhalten. Die hiesigen Fabrikanten machen jetzt nochmals die größten Anstrengungen, Arbeitskräfte heranzuziehen. Mißlingt dieses, dann wird der Kampf bald zu unseren Gunsten entschieden sein.
Die Lohnkommission.
J. A.: E. Willers.

Der Tischlerstreit in Rostock

sporn die „Ungewaltigen“ genannter Stadt zu ganz besonderem Eifer an. Wenn wir schon in unserem vorigen Bericht davon reden konnten, daß wir uns der ganz besonderen Fürsorge der hiesigen Polizeibehörde erfreuten, so wußten wir doch noch nicht, was uns noch für Ueberraschungen bevorstanden. Heute wissen wir's und wollen nicht veräumen, unseren Kollegen dieses neueste Auktus aufzutischen.

Da der Streit durch das Verbot des Postenstehens und einiger Strafmandate über M. 25 noch nicht aus der Welt war und die bedrängten Arbeitgeber die Werkstätten doch noch leer hatten, wurde folgendes Ausnahmegesetz für Rostock publiziert:

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit verordnet E. E. Rath für das Stadt- und Landgebiet der Stadt Rostock einschließl. Warnemünde, im Einverständnis mit der Ehrl. Repräsentierenden Bürgerschaft das Nachstehende:

Auswärtigen gewerbetreibenden Gehälfen, Gesellen und Arbeitern ist es verboten, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahn, Brücken und Anlegestellen der Schiffe als Streikposten sich aufzustellen, aufzuhalten oder umherzugehen.

Uebertretungen werden auf Grund des § 366, 10 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu M. 60 oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Strafe kann durch polizeiliche Strafverfügung festgesetzt werden.

Gegeben im Rath zu Rostock, am 5. August 1897.

H. Derjen, Rathsfekretär.

Wenn das nicht zieht, zieht garnichts mehr!

Schön, thue Ache auf dein Haupt, du bist glänzend übertragen. Die Streikenden alle einipieren, dann ist der Streik beendet und dem Bezug sind die Thore geöffnet. Die arbeitswüthigen Schaaeren können einziehen und die Streikenden, bei Wasser ad Brot in einsamer Zelle, können darüber nachdenken, was es eist, im geheiligten Obitritenlande sein „gelehtlich gewähltesten“ Koalitionsrecht frei auszuüben, ja ausüben! Bauer, da ist etwas anderes. Damit die Sache aber nicht lediglich bi der Theorie bleibt, so setzt man dieselbe in die Praxis um.

Au 14 Streikende sind Strafverfügungen erlassen. Wir lassen die erl. beste hier folgen:

Strafverfügung Nr. 1809.

Der Tischlergehilfe Eduard Koch, Plätterstr. 16 hier selbst, hat am 30. d. M., 11 1/2 Uhr, dadurch groben Unfug verübt, daß er zusammen mit 10—15 Tischlergehilfen die am Streit nicht theilnehmende Tischlergehilfen Pögelow und Jäger in der Blutstraße belästigte, indem er mit seinen Genossen die beiden Genannten, wie e von der Arbeit kamen, in der genannten Straße so aufgeste erwartete, daß die Letzteren bei ihm vorbeigehen mußten u er die Weiden während des Vorbeigehens izierte.

Beweismittel si:

1 Zeugniß des Tischlergehilfen Pögelow und Jäger. Es wird deshalb hiermit gegen den Beschuldigten auf Grund § 360, 10 des St.-G.-B. Haftstrafe von einer Woche festgesetzt.

An Gebühren M. 1 an Auslagen M. 5,95 fallen am Beschuldigten Summa M. 6,95 zur Last usw.

Nun hinein in's Gängniß und der Streit ist beendet. Aber die Rechnung ist oß die Arbeiterschaft von Rostock gemacht. Man wird auch e Klippen dieses Ausnahmegesetzes zu umschiffen wissen. Es b diese Maßregeln aber ein Beweis

dafür, wie die Arbeitgeber in der Klemme sitzen, und hat man an zuktändiger Stelle geglaubt, mit dieser neuesten Maßregel die Streikenden in's Nothhorn zu jagen, so hat man sich sehr getäuscht. Freilich ist die Aufregung unter den Arbeitern in Rostock ob solcher Repressalien sehr groß und auch begrifflich.

Die Streikenden hielten ob dieser veränderten Situation am Sonnabend Morgen eine Versammlung ab, in der eine Resolution dahingehend einstimmig angenommen wurde, daß sie auch unter den veränderten, für sie den Kampf besonders erschwerenden Umständen einmüthig den Kampf weiter führen wollen und an ihren Forderungen festzuhalten versprochen.

Die kampfmüthige Stimmung in der Versammlung und die Thatfache, daß noch Keiner abtrünnig geworden, läßt hoffen, daß die Streikenden bei den minimalen Forderungen als Sieger aus dem Kampf hervorgehen werden.

Zum Streit in der Pianomechanik- und Halbtonfabrik von Morgenstern & Krotzde in Leipzig.

Anschließend an den letzten Bericht in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat sich selber noch ein sog. „Arbeitswilliger“ gefunden und zwar aus den Reihen der Streikenden selbst. Das Verbandsmitglied, Tischler Otto Kühlemann, hat auf Einwirkung seines Vorarbeiters die Arbeit wieder aufgenommen. Es ist dies umso mehr in's Gewicht fallend, als es höchstwahrscheinlich gerade an den Vorarbeiten (Zafelleimen, Glieberlögen usw.) mangelte und der Unternehmer event. vor die Alternative gestellt war, entweder den Betrieb ruhen zu lassen oder die Streikenden wieder einzustellen. Dem Kollegen wird dieser Schritt von Seiten der Ausständigen nie verziehen werden können.

Die Arbeit in der Fabrik fängt an sich anzuhäufen. In der Halbtonbranche, in welcher vor Beginn des Streiks auf Vorrath gearbeitet wurde, ist man bereits 14 Tage im Rückstand und in der Mechanikbranche kann jedenfalls auch nicht Alles geliefert werden. Thatfache ist, daß eine auswärtige Firma für Morgenstern & Krotzde'sche Rundschiff Mechaniken geliefert hat, welche auf Befragen erklärte, daß dies neue Rundschiff sei. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Firma Morgenstern & Krotzde von anderen Fabriken Arbeit anfertigen läßt und es ergeht daher an alle Pianomechanikerarbeiter der Ruf: „Streng hierüber zu wachen und eventuell sofort Nachricht nach hier zu geben.“

In Anbetracht der immer dringender werdenden Arbeit sind die Kollegen entschlossen, vor dem Unternehmer nicht zu Krenze zu kriechen, sondern fest im Ausstand zu verharren.

Von den anfangs 68 Ausständigen sind 29 in andere Arbeit gegangen oder abgereist, jedoch noch 34 Kollegen, darunter 25 Familienväter mit 56 Kindern, zu unterstützen sind.

Kollegen! Haltet darum Bezug von Pianomechanik- und Halbtonarbeitern fern.

Rundschau.

Einen Rechtsbruch hat die repräsentirende Rostocker Bürgerschaft an den streikenden Tischlergehilfen verübt. Die „Mecklenburg. Volksztg.“ schreibt dazu am 6. August: Diese Körperschaft hat nämlich am Mittwoch einer vom Rath vorgelegten Verordnung ihre einstimmige Zustimmung gegeben, wodurch es mit Strafen von M. 1—60 für jeden Fall belegt werden soll, wenn die Streikenden am Bahnhof, auf den Straßen, vor den Thoren sogenannte Streikposten aufstellen, deren Aufgabe in bekanntlich garnichts Anderem besteht, als lediglich darin, etwaige Zugereiste über das Vorhandensein eines Streiks zu unterrichten und dieselben zu überreden, den Streikenden nicht durch Annahme von Arbeit die Situation zu erschweren.

Diese am Mittwoch gutgeheißene Verordnung steht unseres Erachtens in klaffendem Widerspruch mit § 152 der Reichs-Gewerbeordnung. Dieser Paragraph gewährt allen gewerblichen Arbeitern das Recht, Verabredungen zu treffen und Vereinigungen zu schließen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit.

Das Reichsgesetz giebt den streikenden Tischlern das Recht, sich mit ihren Berufsgenossen zu verabreden. Die neueste Rostocker Verordnung dagegen droht ihnen hohe Strafen an, wenn sie hingehen, wo sie ihre Berufsgenossen finden können, um eine derartige Verabredung zu treffen.

Das Reichsgesetz giebt den streikenden Tischlern das Recht, sich mit ihren Berufsgenossen zu vereinigen und zu versammeln. Die neueste Rostocker Verordnung dagegen droht ihnen hohe Strafen an, wenn sie hingehen und ihre Berufsgenossen aufsuchen, um sie aufzufordern, ihrer Vereinigung beizutreten und ihre Versammlungen zu besuchen.

Mit dieser neuesten Verordnung wagt man es, das Grundrecht des gewerblichen Lohnarbeiters anzutasten. Mag man es ihm, weil man sich im Besitze der politischen Macht fühlt. Aber dafür soll wenigstens gesorgt werden, daß die Rostocker Stadtverwaltung erfährt, wie die Rostocker Arbeiterschaft diese Beschränkung eines ihrer wichtigsten öffentlichen Rechte beurtheilt.

Die Rostocker Arbeiterschaft wird in einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen Volksversammlung am 11. August gegen die neueste Streikverordnung lauten Protest erheben, und werden die Herren des Rathes und der Bürgerschaft brieflich eingeladen. Ob sie kommen und ihre unqualifizierbare Handlung vertheidigen werden?

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Tischler Math. Paseneier, geboren 31. 3. 72 in Zell, zuseht Kassirer der neugegründeten Zahlstelle in Linden (Westf.), ist unter Mitnahme von M. 17.60 Verbandsgebern abgereist. Wir bitten, denselben anzuhalten und seinen Aufenthalt an uns zu berichten.

Das in voriger Nummer als ungültig erklärte Mitgliedsbuch Nr. 15190 des Drechlers Josef Steffek hat sich wieder gefunden, weshalb die Ungültigkeitserklärung hiermit widerrufen wird.

Nachstehende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

14570 Richard Dehne, Polster, geb. 2. 7. 67 zu Wittweiba.
71005 Richard König, Polster, geb. 25. 2. 75 zu Geringswalbe.
75314 Fern. Graichen, Stuhlbauer, geb. 18. 3. 60 zu Lautenhain.

107574 A. Endewig, Tischler, geb. 4. 10. 58 zu Hamburg.
Stuttgart, 7. August 1897.

Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Crimmitschau. In der Uhrgehäusefabrik der Firma Bruno Bär haben Mittwoch Vormittag 17 Mann die Arbeit eingestellt. Der Grund hierzu ist folgender: Vor einigen Wochen schon hatte man den Vertrauensmann der Holzarbeiter unter nichtigen Gründen abgeschoben, und glaubte man vielleicht hierdurch die Kollegen einzuschüchtern und der Bewegung Herr zu werden. Hatten die Kollegen auch damals, wenn auch unklugweise, von einer Gegenmaßregel abgesehen, um den Frieden nicht zu stören, so sollten sie gar bald belehrt werden, daß man damit einen Fehler gemacht hatte. Die schon gemeldete Verlängerung der Arbeitszeit folgte auf dem Fuße, welches Anstehen jedoch von den Arbeitern energisch zurückgewiesen wurde; nunmehr erfolgte am letzten Sonnabend abermals die Kündigung eines agitatorisch thätigen Kollegen. Die Arbeiter forderten die Zurücknahme der Kündigung ihres Mitarbeiters, anderenfalls sämtliche, die sich unterschrieben, ebenfalls kündigt würden. Beim letzten Versuch der Einigung, Mittwoch Vormittag, erklärte man: Die Kündigung wird nicht zurückgenommen und wer damit nicht zufrieden sei, habe in einer Viertelstunde die Fabrik zu verlassen, worauf sich 17 Kollegen anboten und gingen; hierbei mag wohl den Firmeninhabern ein kleines Gruseln überkommen sein, denn man hatte wohl nicht geglaubt, daß sich so Viele solibarisch erklären würden. Beim Weggang waren sie schon bereit, mit dem gekündigten Arbeiter noch einmal zu unterhandeln. Nachmittags wurden zwei Kollegen nebst dem betreffenden Arbeiter zur Firma gefandt und hier wurde sogleich eine Einigung erzielt. Die Firma verpflichtete sich schriftlich, den betreffenden Arbeiter wieder einzustellen bezw. dessen Kündigung zurückzunehmen und aus Anlaß dieser Arbeitsniederlegung keine Maßregelung vorzunehmen. Am Donnerstag früh haben daher Alle wieder angefangen. Holzarbeiter Crimmitschauer! Zieht die Lehre hieraus und schließt Euch Alle dem Holzarbeiterverband an, damit Ihr jederzeit den Unternehmern gerüstet gegenübersteht, denn nur vereinigt seid Ihr Alles, vereinzelt Nichts.

Byd. Hier hielt Genosse Ratut aus Königsberg i. Pr. in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung einen sehr belehrenden Vortrag über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“. Nach Schluß der Diskussion fand die Wahl der Verwaltung der neu gegründeten Zahlstelle statt. Gewählt wurde als Bevollmächtigter Kollege Kolchorret, als Kassirer Kollege Will. Die Mitgliederversammlungen finden Sonnabends bei Herrn Hiller statt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, treu und fest zusammenzuhalten, da nur durch Einigkeit ein Einfluß auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte ausgedbt werden könne, fand Schluß der interessanten Versammlung statt.

Neusalz a. O., 29. Juli. In einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen öffentlichen Versammlung in Puhle's Gasthof referirte am Sonnabend Kollege Bergmann über die „Gewerkschaftsbewegung und ihre Gegner“. In der mit vielem Beifall aufgenommenen Rede kennzeichnete Bergmann die bunte Segnerschaar der Arbeiterbewegung und beleuchtete den neuesten Ansturm auf das Vereins- und Versammlungsrecht durch die bereits abgelehnte Robelle zum Vereinsgesetz. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion. In einem kräftigen Schlußwort ermahnte Bergmann die Kollegen, im eigenen Interesse durch „treue Mitgliedschaft“ die Organisation hochzuhalten.

Oberniesl. Voriges Jahr wurde hier mit vieler Mühe eine Zahlstelle gegründet, welcher sofort zirka 40 Kollegen beitraten. Aber durch die Launeit und Interesselosigkeit sind wir wieder auf die kleine Zahl von 15 Mitgliedern zusammengeschrunpft. Dieses sind meistens Kollegen, welche auch politisch organisiert sind, die unorganisirten sind zum größten Theil Ortsanwässige, die es doch schon vielfach an sich selbst erfahren haben, wie das Kapital einen Kleinmeister nach dem anderen verschlingt, denn Viele, die Meister waren, gehen jetzt in die Holzwaarenfabrik von Goldmann & Jamin. In einer Organisation sind die Leute nicht heranzuziehen, an ihrem Kastengeist und religiösen Fanatismus scheitern alle Versuche. Hat man aber mit vieler Mühe einmal einen solchen Fisch gefangen, dann glaubt derselbe gewöhnlich, wenn er 20 M bezahlt hat, gleich M. 2 wieder zu bekommen, oder es heißt gleich: „Es kommt doch zu nichts, es wird doch nicht besser,“ trotzdem in obiger Fabrik schon ganz schöne Resultate erzielt wurden durch den Verband und noch viel mehr erzielt werden könnte, wenn die Kollegen alle organisiert wären. Es wäre ein Leichtes, in dieser Fabrik in eine Lohnbewegung einzutreten, da jede Abtheilung von der anderen abhängig und jede Kategorie auf ihren Artikel spezialisiert ist, weshalb auch fremde zugereiste Kollegen hier am Orte nicht bleiben oder existiren können, weil sie eben mit der Hungerkünstlerarbeit nicht konkurriren können. Gäßen wir mehr fremde Kollegen hier, dann wäre es um unsere Zahlstelle besser bestellt, aber mit den hiesigen, welche von dem Pfaffenhum in ihrer Dummheit erhalten werden, auf ihrer Scholle aufgewachsen sind, von der sie auch nicht herunterkommen und des Lebens Ernst noch nicht kennen gelernt haben, ist nichts anzufangen. Von zirka 150 hier am Orte beschäftigten Holzarbeitern entfallen 60—70 auf die Fabrik von Goldmann & Jamin. Bekanntlich ist die Stockbranche hier vorherrschend, in dieser sind die Lohnverhältnisse nicht rosig zu nennen. Kommt es doch nicht selten vor, daß verheiratete Kollegen mit M. 20—24 vierzehntägigem Lohn nach Hause gehen bei eifündiger Arbeitszeit. Dazu kommen noch sehr schöne Strafparagraffen, z. B. für fünf Minuten Zuspätkommen 20 M. Geht Jemand hinaus und läßt das Gas brennen, so ist M. 1 zu verappen usw. Das Geld soll für die Arbeiter wieder verwendet werden, davon hat aber noch kein Mensch was gesehen. Nicht einmal die nöthigen Schutzvorrichtungen sind an den Maschinen angebracht, weshalb auch alle Augenblick Kollegen mehr oder weniger verunglücken.

meist an einer alten Hobelmaschine, die unter das alte Eisen aber nicht in einen Betrieb gehört. Wann wird hier Remedur geschaffen? Es wird hier meistens in Afford auf Kommission gearbeitet. Statt wie in anderen Orten zur Saisonzeit die Arbeiter versuchen die Arbeitszeit zu verkürzen, die Affordarbeit abzuwickeln, um ihre Lage zu verbessern, ist es bei den hiesigen Kollegen gerade das Gegenteil, indem sie ihre tägliche elfstündige Arbeitszeit noch um zwei bis drei Ueberstunden verlängern und dann noch Säcke voll Material mit nach Hause nehmen, damit sie die ihnen noch zur Verfügung stehende Zeit auch noch mit der Arbeit zubringen können. Dieses machen aber nicht nur Indifferente, sondern auch Kollegen, die schon Jahre lang in der Arbeiterbewegung stehen. Diese Kollegen sind auch gegen die Abschaffung des Affordsystems, wie es hier eingeführt ist. Tritt ein schlechter Geschäftsgang ein und es wird bloß zehn Stunden gearbeitet, dann wird geklagt über den niedrigen Verdienst und man verlangt nach einer längeren Arbeitszeit. Daß die Klagen verschwinden würden, wenn sie in der guten Geschäftskonjunktur besuchten, die Arbeitszeit zu verkürzen und an Stelle des Affordtarifs einen anständigen Tagelohn zu erringen, sehen sie nicht ein. Wenn man so den Indifferentismus und die Duselei der hiesigen Nachkollegen betrachtet, ist es wahrhaftig traurig, daß sie bei diesen Verhältnissen nicht zum Bewußtsein zu bringen sind. Bei Klimbin-, Muder-Gesellenvereinen usw. da kann man sie sehen, aber für den Verband ein Scherflein beizutragen, einzutreten für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, dafür sind sie nicht zu haben.

Genau wie es mit den Kollegen bestellt ist, so ist es mit den Lokalverhältnissen. Von den acht Sälen ist kein einziger für uns zu haben. Läßt sich wirklich einmal ein Wirth bewegen und verspricht, seinen Saal herzugeben, dann ist die heilige Hermandad gleich hinterher, den Mann durch Androhung früher Feierabendstunde, Konfessionsentziehung u. dergl. soweit zu bringen, bis er sein Wort wieder zurücknimmt.

Wie ein Dohse Furcht hat vor der Peitsche seines Herrn, wenn er über den Strang schlägt, so hat unser guter D-Wirth nichts Siligeres zu thun, als dem Willen der Herren zu folgen. Die Metallarbeiter sind schon herausgeworfen. Zum großen Theil sind die Arbeiter selbst daran schuld, besteht doch die hiesige Einwohnerschaft zum großen Theile aus Arbeitern, würden diese alle derartige Lokale meiden, dann würden die Wirthe bald gezwungen sein, ihre Säle von selbst zur Verfügung zu stellen, da sie doch von dem Konsum der Behörde nicht leben, viel weniger Steuern bezahlen sind. Darum, Kollegen, Arbeiter, wachet endlich auf, erkennt wo Ihr hingehört, wo Ihr eine Besserung eurer Lage zu suchen habt. Erkennt, daß Ihr Menschen seid und ein Recht habt, als Mensch zu leben und nicht als Arbeitsvieh für einzelne Herren lebet. Ermannet Euch, wenn Ihr noch Rückgrat besitzt, tretet ein in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen und kämpfet mit für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, um auch als Mensch ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. Scheuet nicht die geringen Opfer, die Ihr bringt, denn jeder Kampf kostet Geld und ohne Kampf kein Sieg. Auf, Kollegen, tretet ein in den Deutschen Holzarbeiterverband, Ihr jüngeren Kollegen umfomehr; gebt die richtige Antwort auf die mit so knapper Mehrheit gefallene schändliche Vereinsgeseknovelle, die Euch mauthobt machen wollte, tretet bei zur Organisation, denn nur Einigkeit macht Kraft!

Unser Verlehrslokal befindet sich jetzt in der Wirthschaft „Zum kühlen Grund“, von P. H. Bentgraf.

Oberhausen (Rheinland). Die Kollegen, welche die hiesigen Verhältnisse nicht kennen, müssen Oberhausen für ein wahres Eldorado betrachten, den Annoncen und den Berichten der Reichmeister nach, welche jetzt vom Chef, Gerh. Terlinden, in alle Stahlbauergesellschaften geschickt werden, um Stahlbauer zu führen. Die Annoncen lauten meistens in den Zeitungen (in Lanterberg habe ich es selbst gelesen, Müller):

Echtige Stahlbauer werden gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Verheirathete werden die Umzugskosten vergütet. Nur Solche wollen sich melden, die im Besitze guter Zeugnisse sind und auf dauernde Beschäftigung reflektiren. Gerh. Terlinden.

Die Reichmeister saugen es noch schlauer an, indem sie versprechen, das Rechengeld wird sofort vergütet, ferner wird die Woche in Afford M. 21 verdient. (Dieses schreibt ein Kollege aus Waldheim, welcher anfragte.) Was nun die Anstalten anbelangt, welche auf die Arbeitsuche geschickt werden, so greifen dieselben zu den gemeinsten Lügen, indem sie sagen, wir verdienen ein Rechengeld, beweisen dieses sogar damit, daß sie ihre Lohnbücher vorzeigen, nach welchen sie M. 100-120 pro Monat verdienen haben, welches ja der Wahrheit entspricht, frage aber Niemand in welcher Zeit. Daß hier die Stahlbauer 90 Stunden in sechs Tagen arbeiten, ist nicht Neues. Kollegen, es ist nicht Alles Gold was glänzt, und so sieht es auch mit den Reichspräsidenten, welche von jener Seite gemacht werden. Ich will die Verhältnisse hier am Orte etwas genauer schildern. Die Arbeitszeit im Allgemeinen ist für Schreiner elf Stunden, bei Terlinden jedoch nur zehn Stunden, aber deshalb, weil die Reichspräsidenten Tag und Nacht arbeiten. Dieses kommt den Stahlbauern wieder zu Gute, indem sie arbeiten können, so lange sie Lust haben. Hier kann man deutlich sehen, wie der Besessenen mit Säcken getrieben wird. Jeden Abend um 5 Uhr geht der Meister mit dem Schichtenbuch von Saal zu Saal und fragt, wie lange wollen Sie arbeiten? Der Eine schneidet bis 8 Uhr, der Andere bis 10 und 12 Uhr, ja Verschiedene bis zum nächsten Morgen um 6 Uhr, dann wird bis 8 1/2 Uhr geschlafen und dann weiter geschuftet. Daß sie hierbei bis M. 120 monatlich verdienen können, ist wohl dem Bornirtesten klar. Die Lohnverhältnisse sind monatlich, eine Abschlagszahlung findet in der Zwischenzeit statt. Die ersten vier Wochen bekommt man kein Geld, außer M. 8 Reisevergütung, worin sich der Empfänger auf ein Jahr verpflichten muß. Ebenso mit den Umzugskosten, wer hier eine Zeitungsannonce nicht vorweisen kann, dem wird das Geld einfach abgezogen. Die Verheiratheten müssen, wenn sie einen größeren Fortschritt haben wollen, sich unterzeichnen, während eines Jahr an einem Strick und dergleichen nicht theilzunehmen, sondern tren weiter zu arbeiten. Die verheiratheten Kollegen sehen sich hier sehr schlecht, mit Schulden muß hier jeder zurecht kommen, der nicht mindestens M. 100 mitbringt. Erstens giebt es hier in der Kirche keinen Ofen, den man ein Jahr lang halten, weshalb er dann zu Herrn Terlinden, welcher auch eine Sparbank hat, geht, und einen Zinsenbetrag bekommt er die ersten vier Wochen kein Geld, weshalb er sich ebenfalls einen Bericht geben läßt, um nicht

zu verhungern und die Miete zu bezahlen. Die Lebensmittel sind hier äußerst theuer, unter M. 1,50 pro Tag bekommt man hier kein Logis, frage aber Keiner, was für ein? Zu zwei auch drei Mann im Bett und ein halbes Duzend in einem Zimmer. Der schlagendste Beweis für die hiesigen Zustände ist, daß die ledigen Kollegen alle so schnell wie möglich Terlinden verlassen. Die Behandlung läßt dabei aber auch sehr viel zu wünschen übrig. Es ist dann ein Werkführer, welcher wohl Schulmeister oder Uhrmacher ist und dementsprechend auch Kenntnisse von der Stuhlindustrie besitzt, geht es dann an das Abrechnen, so kann er Unglaubliches im Reden leisten, die Arbeiter über den Köpfel zu barbaren, Strafen auszusprechen, Abzüge zu machen usw., kurz, den Arbeiter wie einen Schulbuben zu behandeln, es fehlt nur noch die Anate. Wird eine Arbeit vergeben, so ist ein Meister da, welcher an geben kann, wie es sein soll und wie es wird. Man kann hierbei sehen, wie sich andere Meister, gelehrte Uhrmacher, dabei stehen. Dies sieht dann so aus, als wenn ein Dohse in ein Gefangniss geht. Trotz der Verhältnisse und aller Agitation ist es nicht möglich, die ansässigen und älteren Kollegen in den Verband hineinzubringen. Sie gehen lieber in die Kirche, das scheint ihnen wichtiger zu sein, als über ihre erbliche Lage nachzudenken. Augenblicklich steht uns hier noch nicht einmal ein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung. An eine Verbesserung ist hier vorläufig überhaupt nicht zu denken; doch jedes Maß wird einmal voll, dann werden wir die Scharte wieder auszuweichen. Vorläufig ersuchen wir die Stuhlbauer, Acht zu geben und Oberhausen streng zu meiden.

Pforzheim. Wie in vielen Orten, so sind auch hier die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, welche aber leider durch die Laune und Interesselosigkeit der hiesigen Kollegen nicht die gewünschten Erfolge brachte, trotzdem wir ganz minimale Forderungen stellten: zehnstündige Arbeitszeit, 10 pSt. Lohnhöhe und 20 pSt. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Die Herren Unternehmer betrachteten natürlich die Forderungen für übertrieben und undurchführbar, namentlich 20 pSt. für Ueberstunden; lieber keine Minute länger arbeiten, äußerten Einige. Ganz schön, wenn's so bleibt! In einigen Werkstätten wurden kleine Lohnhöhen zugestanden. In einer Versammlung wurde beschlossen, falls keine Einigung erzielt wird, zu kündigen, für welchen Beschluß die Mehrzahl stimmte, mußten aber die fatale Erfahrung machen, daß von 160 hier beschäftigten Schreibern nur circa 20 Mann getündigt haben. Auf dieses Resultat hin haben die Meister beschlossen, Keinen, der getündigt hat, innerhalb vier Wochen wieder einzustellen, bei einer Konventionalstrafe von M. 25. Es legten am betreffenden Tage, oder mußten vielmehr die Arbeit niederlegen, 6 Kollegen, welche aber schon wieder anderweitig untergebracht sind. Bemerkenswerth ist noch, daß am betreffenden Montag die Polizei von Geschäft zu Geschäft ging, um Namen und Zahl Derer festzustellen, welche aufgehört haben. Um 11 Uhr Morgens war schon jeder Meister im Besitze einer schwarzen Liste. Kollegen, Ihr seht, daß die Meister besser organisiert sind als wir. Hat doch ein Meister zu seinen Arbeitern geäußert: „Ihr habt uns gut organisiert, aber Ihr steht auf schwachen Füßen.“ Kollegen, bedenket diese Worte!

Schleiz. Leider sind wir schon wieder genöthigt, unser Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen, um auf die Verhältnisse in der Kirchner'schen Spielwaarenfabrik hinzuweisen. Vor Weihnachten 1895 brannte die Fabrik ab, wodurch 40 Arbeiter brotlos wurden, und um nicht ganz zu feiern, wurden sie auf der Brandstätte mit Abbrümmungsarbeiten beschäftigt. Diese Gelegenheit benutzend, gab der Fabrikherr seine Menschenfreundlichkeit zu erkennen, und ließ ein Schreiben zirkuliren, in welchem er die Arbeiter aufforderte, für die Zukunft 5-10 pSt. billiger zu arbeiten. Sollten die Arbeiter die Unterschrift verweigern, hieß es in dem Schreiben, so sei er veranlaßt, die Fabrik nicht wieder aufzubauen und hat auch einen flotten Geschäftsgang zu bezichtigen; trotzdem hören die Klagen über Lohnrückerei nicht auf. Löhne von 10 bis höchstens 20 S die Stunde sind an der Tagesordnung. Das mit einem solchen Lohne nicht menschenwürdig zu leben ist, muß jeder denkende Arbeiter einsehen, zumal die Lebensverhältnisse nicht billiger als in einer Großstadt sind. Von Seiten der Organisirten wurde Alles versucht, die Arbeiter der Kirchner'schen Fabrik in die Organisation zu ziehen. Etliche, die schon begriffen haben, daß es so nicht weiter gehen kann, traten auch dem Verbände bei; die meisten Arbeiter stehen demselben immer noch indifferent, ja sogar feindselig gegenüber. Soll aber eine Besserung erreicht werden, so ist es nöthig, daß sämtliche Arbeiter dem Verbands beitreten; so lange wie dies noch nicht geschieht, ist auch nicht an eine Lohnbewegung zu denken. Darum, Ihr organisirten Kollegen, weckt Eure noch schlafenden Brüder auf, damit diese mit Euch Schulter an Schulter kämpfen mögen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Seid Euch einig und stellt eine Forderung, der Sieg kann Euch nicht fehlen. Die auswärtigen Spielwaarenarbeiter werden erucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Themar. Da wir von der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bereits schon gebeten haben den Zugang nach hier fernzuhalten, so geben wir heute hierin die nöthige Aufklärung. In einer Mitgliederversammlung haben die hiesigen Korfmacher erklärt, folgende Forderungen an ihre Arbeitgeber zu stellen: 1. Regial des Zursichtlohnes von 15 S für sämtliche Körbe. Der Betrag soll den Arbeitern zu Gute kommen. 2. 10 S Zuschlag auf verschiedene Körbe von kleinerem Maß. 3. Denselben Preis für Geschickte-Körbe, wie für gewöhnliche. 4. Aufhebung eines Lohntarifs, der für jeden in der Fabrik beschäftigten Arbeiter sichtbar ist. Kollegen! Wie Ihr seht, sind unsere Forderungen ganz berechtigte und richten wir deshalb an Euch die dringende Bitte, uns in unserem Kampfe thätig zu unterstützen.

Bericht des Agitationscomités der Holzarbeiter von Rheinland und Westfalen vom 1. Januar bis 31. Juli 1897.

Trotzdem im verflohenen Halbjahre die Thätigkeit im Agitationsbezirk eine ziemlich rege war, muß doch konstatirt und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei etwas regerem Emsitzen von Seiten der Zahlstellen bedeutend mehr hätte geleistet werden können. Nach in Nr. 29 des Verbandsorgans enthaltenen Artikel mit der Ueberschrift „Unsere Agitations-Lohnverhältnisse“ bewiesen, um die Mitglieder an ihre Pflichten der Agitationskommission gegenüber zu erinnern und sie anzukommen. Gleichzeitig wurde um Einbindung von Situationsberichten gebeten. Leider scheint die „Holzarbeiter-Zeitung“ für unsere

Kollegen nicht zu existiren, wenigstens nicht gelesen zu werden, sonst wären, wie Figura zeigt, mehr als bloß vier Situationsberichte eingelaufen. Andererseits muß, abgesehen von einigen Zahlstellen, anerkannt werden, daß dieselben in materieller Hinsicht ihrer Pflicht voll und ganz nachgekommen sind. Aus den eingelaufenen Berichten ist im Allgemeinen die Situation ziemlich zufriedenstellend. Die Mitgliederzahl ist gestiegen, so auch die Höhe einzelner Orte. Das größte Hemmnis in der Bewegung ist, wie immer, in der Gleichgültigkeit der Kollegen, sowie in der Saalabtreiberi zu suchen. Doch auch andere Faktoren stehen der Gewerkschaftsbewegung hindernd im Wege, so die politischen Verhältnisse speziell in Solingen. An eine gedeihliche Entwicklung ist dort in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Ueber das Thätigkeitsfeld der Kommission folgendes: Eingelaufen sind 60 Briefe und 64 Karten. Abgeschickt sind 83 Briefe, 87 Karten und 60 Pakete, enthaltend ein im März von der Agitationskommission herausgegebenes Flugblatt an die Zahlstellen und Einzelmitglieder.

Versammlungen auf Kosten des Comités fanden statt vom 1. Januar bis 31. Juli in: Ratingen, Barmen, Oberhausen, Elberfeld, Witten, Ratingen, Schwelm, Barmen, Wermelskirchen, Remscheid, Wald, Köln, Ruhrort, Hörde, Hagen, Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Ruhrort, Elberfeld, Wald, Köln, Lüdenscheid, Weidrich, Born und Iserlohn. Durch Vermittelung der Redner auf Kosten der betreffenden Zahlstellen haben vier Versammlungen stattgefunden, und zwar in Elberfeld, Düsseldorf, Oberhausen und Solingen. In Summa zusammen 29 Versammlungen.

Beiträge an das Agitationscomité haben folgende Zahlstellen entrichtet: Anna M. 10, Schwelm 4, Duisburg 3,50, Elberfeld 31, Essen 11,80, Köln 25, Düsseldorf 20, Wermelskirchen 6, Hagen 6,50, Duisburg 4, Lüdenscheid 2,20, Welfert 3,80, Witten 4, Oberhausen 3, Koblenz 8,70, Ohligs 3,80, Iserlohn 2, Düsseldorf 22, Solingen 3, Kall 2, Schwelm 4, Hörde 2, Ratingen 2, Wald 3,30, Duisburg 4, Hagen 6,50, Hörde 2, Dortmund 10, Kall 1,50, Köln 25, Lüdenscheid 2, Düsseldorf 22, Essen 13, Solingen 3, Wald 3,90.

Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:
Einnahme:
Beiträge von den Zahlstellen..... M. 286,50
Bestand vom 1. Januar 1897..... „ 180,10
Summa... M. 466,60

Ausgabe:
Für Referenten in 25 Versammlungen..... M. 207,90
Druckkosten..... „ 51,25
Schreibmaterial und Porto..... „ 41,10
Darlehen an Zahlstelle Elberfeld zurück..... „ 25,—
Besondere Ausgaben..... „ —,30
Summa... M. 325,55

Bilanz:
Einnahme..... M. 466,60
Ausgabe..... „ 325,55
Kassenbestand... M. 141,05

Vorstehende Abrechnung geprüft und für richtig befunden zu haben, bezeugen die Revisoren der Zahlstelle Elberfeld: W. H. Dickel, R. Jörgensen.

Am Schlusse der Zusammenstellung der Abrechnung liefern noch ein von der Zahlstelle Schwelm M. 4,60. Dieselben werden bei der nächsten Abrechnung mit aufgeführt. Die Zahlstellen Elberfeld und Barmen werden ihren Verpflichtungen, da durch den Streik beide Kassen erschöpft sind, im zweiten Halbjahre nachkommen.

Der schon zu Anfang des Berichtes erwähnte Artikel aus Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bietet uns heute bei der Halbjahresabrechnung Gelegenheit, näher darauf einzugehen. Was uns veranlaßt, darauf zurückzukommen, ist, daß verschiedene Ausführungen nicht mit der Wahrheit übereinstimmen, und zwar in Bezug auf den hiesigen Agitationsbezirk. In Zeile 15 Seite 2 heißt es: In Rheinland-Westfalen wurden im Laufe des vorigen Jahres keine Zahlstellen gegründet, aber drei alte sind eingegangen.* Es sind keineswegs alte Zahlstellen, welche eingingen, sondern es waren welche neuesten Datums. Auch ist eine Zahlstelle gegründet worden, und zwar in Wermelskirchen. Daß nicht mehr gegründet worden sind, können vielleicht nur die beurtheilen, welche Gelegenheit hatten, in unserem stöckfesteren und fanatischen Rheinland und Westfalen zu arbeiten und zu agitiren. Ist es doch nicht einmal möglich, in den größten Städten als Köln und Düsseldorf ein Lokal für größere Versammlungen, mögen dieselben politisch oder gewerkschaftlich sein, zu erhalten, geschweige denn in einer kleineren Stadt, wo Stulle und Wäffchen im Munde mit der Polizei und Unternehmertum einen noch viel größeren Einfluß auf die arbeitende Bevölkerung ausüben als in einer Großstadt. Zieht man dieses in Betracht, so wird man auch begreifen können, aus welchem Grunde die Zahlstellen eingegangen sind. Aber auch noch ein anderer Umstand trägt mit Schuld daran. Bekanntlich ist der Wechsel der Kollegen in einer kleinen Stadt weit häufiger als in einer Großstadt, wo gewöhnlich schon bessere Verhältnisse und höhere Löhne vorhanden sind, daher auch die schwachen Kräfte in den kleinen Zahlstellen. Mißbraucht dann schließlich noch ein sauberer Kollege das Vertrauen der übrigen Mitglieder (und das ist meistens der Fall), indem er die Kasse plündert oder selber unterschlägt und dann verdurstet, dann ist ein jeder Halt in einer kleinen Zahlstelle verloren, sie muß zu Grunde gehen. Bleiben aber die Zahlstellen wirklich vor solchen Elementen bewahrt, dann sind es gewöhnlich andere Hindernisse, welche sich ihnen entgegenbäumen. In der eingegangenen Zahlstelle Welfert z. B. war absolut kein Versammlungslokal aufzutreiben. Verweigert wurden dieselben fast alle mit der Motivirung, gebe ich Euch den Saal, dann bleiben die patriotischen Vereine weg und ich habe die Polizei

* Wenn in unserem Artikel Nr. 19 Unrichtigkeiten in Bezug auf den rheinisch-westfälischen Agitationsbezirk enthalten sind, so sind diese lediglich auf die unpräzise Fassung in dem Agitationsbericht zurückzuführen. In dem Bericht Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ steht nicht, daß eine Zahlstelle gegründet wurde, wohl aber, daß drei Zahlstellen des Bezirkes eingegangen sind. Wie lange dieselben bestanden, ob lange, ob kurze Zeit, haben wir garnicht zu erörtern, sondern lediglich die Thatsache festzustellen, daß drei schon bestandene Zahlstellen wieder eingingen.

auf dem Halse. Durch ein solches Verfahren verlieren die Kollegen aber meistens den Muth, weil sie, weil zu wenig organisiert, nicht die Kraft besitzen, sich dagegen wehren zu können, sie werden gleichgültig und gehen der Organisation verloren. Oder aber sie reihen ab, im Grunde des Herzens froh, daß sie aus dem Sodom und Gomorra heraus sind. An der Erhaltung der Zahlstelle Bismarck hat sich die Elberfelder Zahlstelle die größte Mühe gegeben, in sämtlichen Versammlungen waren Elberfelder Kollegen anwesend, um die Mitglieder aufzumuntern, aber vergebens, die Theilnahme an den Versammlungen wurde immer geringer, der Kassirer mußte, um Beiträge zu erhalten, dieselben bei den Mitgliedern selbst einsammeln. Zum Unglück mißbrauchte der Vorsitzende noch das Vertrauen der Kollegen, und die Zahlstelle, welche ungefähr zwei Jahre bestand, hatte aufgehört zu existiren. Solchen Vorkommnissen soll man stets auf den Grund gehen und man wird sie begreifen lernen. Noch befinden die Agitationskommissionen erst wenige Jahre, bei längerer Thätigkeit werden sie auch besser den Hebel anzusetzen wissen, wo es Noth thut. Inwiefern das rheinisch-westfälische Agitationscomité seinen Verpflichtungen in Bezug auf Agitation nachgekommen ist, genügt wohl ein Blick auf vorstehende Abrechnung. Des Ferneren sei noch erwähnt, daß dasselbe in den verschiedensten Orten, wo Einzelmitglieder vorhanden, mit diesen versucht hat, dort unsere Bestrebungen zu fördern, eventuell mit unserer Hilfe Zahlstellen in's Leben zu rufen. Leider waren alle Bemühungen erfolglos. Entweder hieß es: „Hier ist nichts los für unsere Sache“, oder: „Die Kollegen sind unseren Bestrebungen nicht zugänglich“, oder: „Wir sind bloß ein paar Mann am Ort und ich reise nächstens ab“, sowie „die Kollegen gehören hier meistens dem katholischen Gesellenverein oder sonstigem Klimbim an, für die Organisation haben dieselben kein Geld usw.“ Troß alledem wird die Kommission ihre Pflicht voll und ganz weiter thun, von den Zahlstellen und Kollegen erwartet sie aber auch volle und ganze Unterstützung in der Agitation. Noch Eins mögen die organisierten Kollegen beherzigen, es trägt viel zur Agitation mit bei: Sucht den indifferenten Kollegen in jeder Beziehung ein leuchtendes Vorbild zu sein, gebt ihnen durch Vorgehen keinen Anlaß, einen Grund zu finden, um ihre Nichtangehörigkeit zur Organisation dadurch zu entschuldigen. Beherzigen wir Dieses, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Elberfeld, 1. August 1897.

Das Agitationscomité.

Aug. Hartung, Gr. Klogbahn 27.
Otto Spindler, Gr. Klogbahn 27.
Aug. Gebhardt, Franzenstr. 36.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Mit der Submissionsfrage im Tischlergewerbe beschäftigte sich im Plauen der sächsische Innungsverbandstag. Die Tischlerinnung in Dresden stellte dazu folgenden Antrag, der auch einstimmig angenommen wurde:

„Der Verbandstag wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß:

- die Vergabe von öffentlichen Arbeiten an solche Gewerbetreibende und Handwerker geschieht, welche in dem Bezirk bezw. Ort wohnen, wo die Arbeiten gebraucht werden;
- die Vergabe der Arbeiten in kleineren Losen und namentlich nur für ein bestimmtes Fach abgegrenzt vergeben werden;
- ausländische Konkurrenten auszuschließen sind;
- die Lieferfrist möglichst lang bemessen werde und
- die Forderungen der Bauhandwerker für Neubauten gesetzlich geschützt werden.“

Daß ein für die Arbeiter den örtlichen Verhältnissen angemessener Lohn in den Districten festgesetzt sein muß und die Höhe der Arbeiter gleichfalls „gesetzlich geschützt“ werden müssen, davon steht in dem Antrag kein Wort. Für die Innungsverbandstage ist die Sache einfach nicht; es genügt ihnen, daß die Gesellen die zu Schandpreisen angenommenen Arbeiten für einen Hungerlohn bei langer Arbeitszeit fertig schinden und obendrein sich ohne Lohn zufrieden geben, wenn das Geld nicht reicht. Ist das nicht auch eine Zurücksetzung der Gesellen und Hinneigung zum Klassenhaß, verehrte Dresdener Innung?

Die Dresdener Tischlerinnung besprach in ihrer letzten Versammlung die unlängst beilegte Wohnbewegung. Nach einem Bericht in „Günther's Deutsche Tischlerzeitg.“ machte es auf die Versammlung einen ungünstigen Eindruck, als ein Rundschreiben, vom Holzarbeiterverband an die Gesellen gerichtet, zur Verlesung kam, worin die in hüßlicher Form geforderten, nach reiflicher Prüfung gewährten Zugeständnisse als „ein Sieg über das Unternehmertum“ gepriesen wurden. Es nahm billig Wunder, daß nach den vorherigen friedlichen Verhandlungen immer noch der leidige und wie oft unberechtigte Klassenhaß geschürt wird.

Wir legen gerade kein großes Gewicht auf die angebliche Friedensliebe der Herren Meister und haben ja oft genug Beobachtungen machen können, daß ihre Humanität und ihr Entgegenkommen nicht weit her ist; sie sind gewöhnlich nur dann entgegenkommend, wenn sie einsehen, daß sie mit dem Entgegenkommen besser fahren, als wenn sie sich berechtigten Arbeiterforderungen widersetzen. Das Letztere war ja auch in Dresden der Fall. Wir geben aber gerne zu, daß der angezogene Satz in dem Rundschreiben taktisch vielleicht nicht ganz richtig war; daß die Gesellen nun aber Utsache hätten, den Meistern sich zu Dank zu verpflichten, weil diese die berechtigten Forderungen ohne Kampf bewilligt haben, das können wir auch nicht einsehen.

Der Streik der Harmonika-Arbeiter bei Trangott Schneider & Co. in Magdeburg-Wilhelmstadt dauert unverändert fort. Es streiken 64 männliche und 21 weibliche Arbeiterinnen. Von den alten Arbeitern stehen noch 8 in Arbeit und 18 junge Arbeitswillige haben sich eingekunden. Die Sache steht gut, Zugang ist streng fernzuhalten.

In Fürstentum dauert der Streik der Tischler noch unverändert fort.

Aus Freiburg i. Br. wird uns zu dem Zustand in der Möbelfabrik von Rombach & Hettler berichtet, daß die allgemeinen Mißstände und die indirekten Lohnabzüge sowie die Entlassung eines unliebhamen Kollegen Veranlassung geben zu dem Zustand. Eine Kommission, welche mit der Firma Rücksprache nehmen sollte, wurde mit dem Bemerkten abgewiesen, daß keine Mißstände existiren und man nicht geneigt sei, weder jetzt noch später mit ihnen zu unterhandeln; worauf die

meisten Kollegen ihre gesetzliche Kündigung illusorisch machten, wodurch die Differenzen in der Möbelfabrik von Rombach & Hettler auf gütlichem Wege von den „Bräden“ Kollegen beigelegt sind und deshalb die Sperre wieder aufgehoben wurde.

Warnung, Weichhühnerbauer! Wegen ausgebrochener Lohnhöhen der Weichhühnerbauer wird vor Bezug nach Chemnitz gewarnt. Bericht folgt in nächster Nummer.

In unserm Bericht über den dritten Verbandstag der Holzarbeiter Desterreichs wollen wir noch nachtragen, daß auch von dem Vorstand des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ ein Begrüßungsschreiben an den Verbandstag gerichtet wurde. Von einer Besichtigung mußte Abstand genommen werden, weil vom Verbandsbureau kein Kollege abkommen konnte, und die Zeit zu kurz war, um einen anderen Kollegen mit der Delegation zu beauftragen, indem die Einladung erst drei Tage vor Stattfinden des Verbandstages erfolgte.

In Berlin haben, wie der „Vorwärts“ berichtet, in der Möbelfabrik von Wöhler & Schwab, Gr. Frankfurterstr., wegen Lohnhöhen 18 Kollegen die Arbeit niedergelegt und von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Brunnenstr., sind zwölf Tischler gemäßiget. Ferner dauert der Streik in der Kutschenmöbelfabrik von Henkel fort. Zugang ist nach diesen Geschäften fernzuhalten.

Die Zahlstelle Steglitz theilt mit, daß einem Verbandsmitglied, das bei Tischlermeister Rielasa in Wannsee nur eine Abschlagszahlung von M. 2.—3 erhalten, und als es aufgehört, ihm sein Lohn nicht gezahlt worden sei.

Die New Yorker Theaterbauerschreiner haben sich von den Schreineren der übrigen Branchen als Elite abgefordert. Sie haben ihre Mitgliederliste geschlossen und nehmen keinen Kollegen mehr auf. Nach der „Brauer-Zeitung“ hatte sich ein Mann gemeldet, der \$ 50 Eintritt zahlen wollte, sie haben ihn aber nicht aufgenommen. — Sonderbarer Standpunkt, den unsere New Yorker Kollegen einnehmen; wir können denselben nicht billigen und vertreten die Anschauung, daß eine solche Organisation keine Existenzberechtigung hat. Sie sozusagen mittelst einer „chinesischen Mauer“ abschließen und den arbeitenden Kollegen gegenüber ein Monopol auf dem Arbeitsmarkt beanspruchen zu wollen, das heißt nicht nur dem Geiste der Gewerkschaftsbewegung Troß bieten, das Prinzip der Solidarität aller Arbeiter verleugnen und die Gewerkschaft dem Haffe und der Verachtung jedes vernünftigen Menschen preisgeben: es heißt auch die kapitalistischen Gerichte zum Einschreiten gegen die gewerkschaftliche Organisation oder doch deren notwendige Bewegungsfreiheit förmlich herausfordern.

Die „Brauerzeitung“ in St. Louis schreibt dazu: „Die Justizmittel der modernen Sklavhalterklasse haben sich ja schon durch vorläufige Entscheidungen — sowohl in dem Bundesobergericht, wie in verschiedenen Staatsobergerichten — darauf eingerichtet, ein solches Respekttreiben gegen die Gewerkschaft zu veranlassen, indem sie dieselben als „Labor Trusts“ definieren. Ein wichtiger Grundsatz jeder Union, die wirklich auf einer rationalen Basis beruhen will, läßt sich so ausdrücken: Keine Erleichterung der Aufnahme von — im Gewerke — arbeitsfähigen Kandidaten, niedrige Aufnahmegebühren, dafür aber möglichst hohe regelmäßige Beiträge.“

Eine Union, die durch Absperrungsmaßregeln oder unnötig hohe Eintrittsgebühren „Trusts“ will, verdient nichts Anderes, als von den Gerichten bei dem ersten rechtlichen Streitfall abgemurkt zu werden, während auf Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen die Devise paßt: „Billig und schlecht!“ Letztere sind in der Regel so nichtsnutzig, daß auch das wenige Geld, was sie ihren Mitgliedern kosten, so gut wie zum Fenster hinausgeworfen ist.“

Der helle Blödsinn ist's, den der Fachverein der Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter in seinem „Berbands“ organ „Einigkeit“ verzapft. In einem Situationsbericht heißt es nach einem Senfzer über die Ruthlosigkeit nach dem verlorenen vorjährigen Streik, daß die vierjährige Agitationskommission es doch vollbringt, daß die Mitgliederzahl von Woche zu Woche zunimmt. Wörtlich heißt's dann weiter: „Die Kommission hat dabei nicht nur mit dem Indifferentismus der Kollegen zu kämpfen, sondern es arbeitet ihr auch eine rührige Agitation des Holzarbeiterverbandes entgegen. Diese Agitation würden wir mit Freuden begrüßen, wenn sie da einlegte, wo es erwünscht und notwendig ist, sie richtet ihre Thätigkeit aber fast ausschließlich auf die Werkstätten, in welchen die meisten Kollegen schon Vereinsmitglieder sind. Bei den Werkstättlern ist mehr Freude über eine dem Fachverein abgejagte Seele, als über tausend neugewonnene Indifferente. Diese Agitation nützt auch dem verlorenen Streik gegen den Fachverein aus, obgleich die Leiter des Vereins auch Verbandsmitglieder waren. Möge der Verband mit seinen faulen Mitteln nur weiter haupfen, der einsichtigerer Theil der Kollegen wird doch einsehen, daß nicht in dem Verbandsmischmasch, sondern nur in unserem Fachverein die richtige Vertretung unserer Interessen liegt. Die durchaus nicht glänzenden Ergebnisse der Ausstände in Schwerin und Lauterberg sprechen nicht für die Macht des Verbandes, der besonders den Musikinstrumenten-Arbeitern gar nichts bieten kann.“

Ueber den von uns gesperrten Satz werden die Berliner Verbandsagitatoren ihre helle Freude haben; solchen Unfug haben sie wohl kaum schon gehört. Der Holzarbeiterverband, das sagen wir den Berliner Lokalorganisierten Musikinstrumentenmachern wiederholt, hat absolut nichts dagegen, wenn sie in einem Extraverein ihre Interessen vertreten; sie haben ja leider bei dem verlorenen Streik im vorigen Jahre die Erfahrung machen müssen, daß ihnen dies schlecht gelungen ist. „Den Einfluß des Holzarbeiterverbandes“, alias „Verbandsmischmasch“ in Berliner Sprache in dem von den Berliner Musikinstrumentenmachern angeblitten Lauterberger Streik haben die Fabrikanten nicht beseitigen können, das konstatirt der amtliche Bericht des Fabrikinspektors, und was konnte der Verein der Pianofortefabrikanten in Berlin sagen? „Wir haben gut gearbeitet, unserer Einigkeit, unserer Macht ist es gelungen, die Organisation der Arbeiter lahmzulegen.“ Haben die Berliner Musikinstrumentenarbeiter die 241 auf der schwarzen Liste stehenden Mitkämpfer, Dpfer ihrer Ruthlosigkeit, denn schon ganz vergessen, daß sie heute mit so erhöhter Stimme von einem lokalen Fach-

verein als der richtigen Vertretung ihrer Interessen zu reden sich vermaßen?

Was Schwerin anbelangt, so ist der Holzarbeiterverband sicher nicht schuld, wenn der Streik ergebnislos verlief, an Mitteln hat es wahrlich nicht gefehlt, um die paar Wankelknie hinreichend zu unterstützen, und da meinen wir doch, wenn der Verband dafür sorgt, mehr kann man nicht von ihm verlangen. Also, bläht Euch nicht auf, Verehrte, es ist noch nicht aller Tage Abend!

Die Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes scheint es auch dem Geschäftsführer der Hamburger Tischlerinnung Herrn Kromm, angethan zu haben. Wir theilten schon in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit, daß auf dem schleswig-holsteinischen Tischlerinnungs-Verbandstag ein Antrag gestellt wurde: Ist der Zeitpunkt gekommen, für das gesamte deutsche Tischlergewerbe die neunstündige Arbeitszeit einzuführen? Dieser Antrag ist von Herrn Kromm gestellt mit der Bemerkung, daß „man“ durchweg nicht abgeneigt sei, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, nur handle es sich darum, „ob es mit der Konkurrenz im Auslande zu vereinbaren sei.“ Zunächst ist die Liebe des Herrn Kromm und vieler anderer Tischlermeister zu dem Neunstundentag ja doch nur eine platonische, ernsthaft denkt Herr Kromm ja garnicht daran, daß sein Antrag Annahme findet, und wenn er doch durchgedrückt würde auf dem Verbandstage in Bremen, wer wird sich von den Meistern daran lehren? Da gäbe es doch nur ein Mittel, Herr Kromm, und das wäre: anstatt den Gesellen, die heute um die zehn- und neuneinhalbstündige Arbeitszeit monatelange Kämpfe führen, den Kampf zu erschweren, sie in der Erzielung ihrer Forderung zu unterstützen. Das thun die Herren aber nicht, und auch Herr Kromm hat auf dem mecklenburgischen Tischlerstage in Dömitz nicht dagegen protestirt, als ein Antrag gestellt wurde, den vom Streik betroffenen Meistern die Arbeiten fertig machen zu helfen. In Rostock handelte es sich garnicht einmal um die neunstündige, sondern anfangs nur um die zehnstündige, später neuneinhalbstündige Arbeitszeit! Zunächst möge „man“ nur erst mal den ersten Versuch machen in dem obengedachten Sinne, und es wird sich herausstellen, daß die Herren Meister die auswärtige Konkurrenz garnicht zu fürchten haben. Die Versicherung geben wir ihnen, denn weder wird weniger Arbeit geliefert werden, noch wird dieselbe qualitativ geringer sein. Mögen die Herren Tischlermeister-Delegirten am 16. und 17. August in Bremen einmal zeigen, daß sie die fortschreitende Zeit auch auf dem Gebiete der Tischlerei begriffen haben und wir werden dann ja ermessen können, inwiefern es gerathen scheint, für die Folge noch von der Ernstthätigkeit, von Treue und Glauben der Vertreter des Tischlerhandwerks reden zu können. Unser alter Brummonfel wird ja auch da sein, hoffentlich legt er sich für diese von ihm so gehegten und gepflegten Handwerktugenden einmal in's Mittel und läßt die Herren mal aussagen, was sie von ihm gelernt haben.

In eigener Sache.

Da hört aber die Gemüthlichkeit auf! Kann der gewerkschaftliche Redakteur des „Vorwärts“ nicht lesen, oder will er mir absolut die Worte im Munde umdrehen? Steht da im „Vorwärts“ folgende Notiz auf meine „Verteidigung“ in letzter Nummer:

„Der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ sucht in der letzten Nummer genannten Organs seine unberechtigten Angriffe gegen unser Blatt abzuschwächen. Er verdeckt sich dabei hinter die Berliner Streikbrecher, die in der Stettiner Versammlung so über den „Vorwärts“ berichtet hätten. Wer den Bericht Röske's in Nr. 29 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gelesen, wird mit uns die Empfindung haben müssen, daß er sich das Urtheil jener Streikbrecher gern zu eigen macht. Damit ist für uns die Sache erledigt.“

Ich, verehrter Redakteur, soll mich hinter die Berliner Streikbrecher verdecken haben und mit das Urtheil derselben gern zu eigen machen? Das ist eine breite Unverfrorenheit! In Nr. 29 steht ausdrücklich... — auch Berliner Verbandsmitglieder sind Streikbrecher geworden, wie sie sagten, „aus Unkenntniß“. Im „Vorwärts“ hatte seit einer Woche nichts vom Stettiner Streik gestanden usw. Sehen Sie sich die Brille an, Herr Redakteur, und Sie werden das Wort „hätte“ etwas deutlicher sehen, und sollte Ihnen das nicht genügen, dann bitte, lesen Sie die in letzter Nummer enthaltene „Erwidern an Bloch“ von der Stettiner Lohnkommission durch, da wird Ihnen folgender Satz auffallen:

„... und alle Berliner, die wir hier aufgefangen haben, erklärten auf unsere Vorstellungen, daß sie nichts gelesen hätten und der Meinung waren, der Streik sei schon beendet: im „Vorwärts“ hätte in der letzten Woche nichts gestanden.“

Romisch, nicht wahr, Herr Redakteur, die Stettiner Lohnkommission hat sich das Urtheil der Berliner Streikbrecher auch wohl zu eigen gemacht? Ich vermahne mich also auf das Allerentschiedenste gegen den mir gemachten Vorwurf, den „Vorwärts“ angegriffen zu haben, ich habe mit ihm garnichts zu thun, mir ist es in diesem Spezialfalle ganz gleichgültig, wie er über den Stettiner und andere Streiks berichtet. Ich habe lediglich des „Vorwärts“ erwähnt in dem Sinne, daß er von allen Berliner Mitgliedern, welche die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht begehren, nicht abonniert wird, und daher die Information über die Streiks mangelhaft sein muß. Das ist Alles. Da ich also gar keine Angriffe, weder berechnete noch unberechnete, gegen den „Vorwärts“ erhoben habe, kann auch keine Rede davon sein, daß ich unberechtigte Angriffe abzuwehren versucht habe.

Ob der „Vorwärts“ Anlaß nehmen wird, seinen Lesern den ihm passirten Irrthum einzugestehen, weiß ich nicht; nöthig hat er es ja nicht, es ist ja besser, wenn etwas an mir „hängen“ bleibt. — Damit ist auch für mich die Sache mit dem „Vorwärts“ erledigt.

Albert Röske.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Einen „Organisations-Landenschlager“ nennt das Zentrorgan der lokalen Mischmasch-Vereine die „Einigkeit“ den Holzarbeiterverband. 34 800 Mitglieder seien in einem Jahre eingetreten und 26 099 wieder ausgetreten. „Das zeige, daß die Arbeiter an diesen Organisationen nur ein sehr geringes Interesse haben. Man tritt ein wegen Kesse- und Streikunterstützung und tritt aus, wenn man diese nicht mehr zu gebrauchen glaubt. Und das geschieht bei einem der „Mischer-verbände“.“

So wahr und bedauerlich die Fluktation im Polzarbeiterverband und allen den Organisationen ist, die fast lediglich der Führung von Lohnkämpfen und weniger dem Unterstützungsweesen ihr Augenmerk zuwenden, so wenig berechtigt das aber die Vertreter einer sogenannten Organisation, die wohl kaum den zwanzigsten Teil der Mitglieder obigen Verbandes hat, von einem geringen Interesse der Arbeiter an diesen (also zentralen) Organisationen zu reden. Der „Dankehandwerker“ ist an Abonnentenschwindsucht und die „Einigkeit“ scheint auch so Nechliches zu befürchten, weshalb sie auf die Vorteile der obligatorischen Einführung hinarbeitet. Von großem Interesse der Mitglieder für die Organisation und deren geistige Führer ist das auch nicht, wenn die Letztere fürchten muß, an Abonnentenschwindsucht zu Grunde zu gehen.

Eine ganz alberne Ueberhebung ist es aber, wenn in derselben Nummer behauptet wird, daß z. B. von den Eisenbahnbehörden keine Maßregelungen vorgenommen worden wären und vorgenommen würden, wenn die jetzt organisierten Eisenbahnarbeiter sich eine andere Form ihrer Organisation geben würden; natürlich kann dies ja nur die lokale Organisation sein, denn einen anderen Vogel als die Rahe kennt der „politische Gewerkschaftsführer“ mit dem langen Titel nicht. Er weiß offenbar nicht, wie die Eisenbahner organisiert sind, sonst könnte er unmöglich von dem Geben einer anderen Form reden; eine bessere und die Mitglieder am meisten vor Maßregelungen geschützte Form der Organisation als die der Eisenbahnorganisation ist, kann ihnen auch der Mann a. D. nicht verraten. Wenn die Teilnahme an einer Organisation die bessere Lohn- und Lebensbedingungen für ihre Mitglieder schaffen will, wodurch angeblich der Friede zwischen den Mitgliedern und der Staatsbahnverwaltung gefördert werden könnte, dann ist es doch wohl gleichgültig, welche Form die Organisation, der Eisenbahner hat; ja man könnte sagen, daß die „politischen“ Lokalorganisationen der Herren Kehler, Thieme und Genossen den Eisenbahnern noch größere Schwierigkeiten machen würden, als ihre jetzige Zentralorganisation. Bist leicht hat's aber das Organ der Eisenbahner, der „Bedarf“, den Herren der „Einigkeit“ angethan, denn es wäre so schön gewesen, einige Hundert Eisenbahner als Abonnenten zu fischen? Es hat nicht sollen sein!

Ein Kongreß der Tapezierer tagte am 4. August und folgende Tage in Leipzig, um eine Einigung der Anhänger der Lokal- und Zentralorganisation herbeizuführen. Wir haben früher schon mitgeteilt, daß für die Tapezierer in Deutschland drei Organisationen bestehen, deren jede ein Fachblatt unterhält. Der Zentralverband hat seinen Sitz in Hamburg, zählt zur Zeit 1000 Mitglieder in 25 Orten; die Lokalorganisationen haben ihren Vertrauensmann in Leipzig, woselbst auch ihre Zeitung, das „Correspondenzblatt“, herausgegeben wird. Ein Teil der Tapezierer ist im Zentralverband der Sattler und im Tapeziererverband, Sitz Berlin, organisiert. Wie man sieht, hat jede Organisation eine Handvoll Mitglieder und ist daher von vornherein ohnmächtig, etwas zu unternehmen. Um eine Einigkeit zu versuchen und gemeinsam vorzugehen, deshalb wurde der Kongreß von Mitgliedern des Zentralverbandes der Tapezierer einberufen. Die Tagesordnung lautete: „In welcher Weise läßt sich eine Einigung der Tapezierer Deutschlands durchführen? Welches sind die unumgänglichen Forderungen, die insgesamt durchzuführen wären? In welcher Weise wird die Mittel zu einem planmäßigen Vorgehen aufzubringen?“

Dem Referat Grünwaldt's, Mitglied der Zentralorganisation, entnahmen wir nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Anschätzungen: Die Leipziger haben gesagt, daß die Zentralorganisation nur für die Arbeiter der Gewerbe am Plage sei, die in Fabriksbetrieben beschäftigt werden, das Tapezierergewerbe sei noch ein handwerksmäßiges, und deshalb sei für die Tapezierer die Lokalorganisation notwendig. Diese Auffassung, die nicht einmal begründet ist, deutet sich nicht mit den Tatsachen, denn nach den Erhebungen des Berichts für Sozialpolitik wird in Leipzig die Tapeziererarbeit fabrikmäßig hergestellt und nur die Reparaturarbeit ist den Werkstätten geblieben. Diese Gliederarbeiter kommen aber für die Organisation nicht in Frage, denn sie soll die Arbeiter der Produktion umfassen und ihre allgemeine soziale Lage verbessern. Dies könne aber nicht in einer Lokalorganisation geschehen, weil sie sich nur auf den Ort beschränke. Es müssen die Kräfte zusammengefaßt, ein gemeinsamer Wille geschaffen und ein bestimmtes Programm aufgestellt werden. Die Lokalorganisationen fühlen auch, daß sie allein nichts anrichten können, sie suchen deshalb auch nach einem Bindemittel mit Organisationen anderer Orte, sei es unter der Form eines Zentral-Vertrauensmannes, eines Zentralcomités oder einer Preisbewerkschaft. Aber dieser Apparat funktioniert nicht, da es ihm an den Mitteln fehle, die ihm die Lokalorganisation nicht gewähre, weil sie nicht dazu verpflichtet werden könnte. Die Zentralorganisation gewähre die Mittel zum Kampf und zu gemeinsamen Arbeiten; das zeigten die Zentralorganisationen, die aus Lokalvereinen hervorgegangen seien. So haben die Maurer ihre Mitgliederzahl von einigen Tausend auf 45 000 gesteigert und vermochten in einem Jahre 50 Streiks durchzuführen. Die Zentralorganisation müße ein bestimmtes Programm haben, und als solches nehme er die Forderung einer bestimmten Arbeitszeit, bestimmter Lohn und bestimmter Preise für Ueber- und Nachtarbeit. Er bitte, sich für die Zentralorganisation zu entscheiden und empfehle er die Annahme der von Berlin aus gemachten Vorschläge. Diese lauten: Die zukünftige Organisation steht auf der Grundlage des Verbandes. Von den Gewerkschaften wird die Hälfte an den Hauptvorstand abgeführt, wovon er die Hälfte zu zahlen hat. Deutschland wird in Distrikte eingeteilt mit je einem Vorort. Der Vorort hat die Pflicht, seinen Distrikt obligatorisch zu bearbeiten. Sollten in einem Distrikt die Mittel nicht reichen, so hat der Hauptvorstand die nötigen Zuschüsse zu leisten. Agitationsreisen hat der Hauptvorstand zu unternehmen, wenn er von einem Distrikt oder Vorort dazu angefordert wird. Die Reisen jedoch hat, wenn möglich, der betreffende Distrikt selbst zu tragen. Hauptvorstand und Preise werden örtlich getrennt. Jede Stadt hat eine Agitationskommission oder einen Vertrauensmann zu wählen, der einen Fonds zu sammeln hat, der selbstständig verwendet wird und zu Lohnbewerkschaften und zur Agitation zu verwenden ist. Diejenigen Organisationen, denen das Vereinsgesetz es verbietet, dem Verbande beizutreten, haben die Pflicht für ihre Mitglieder obligatorisch einzutreten und den Beitrag an die Relationen zu entrichten.“

Weder Leipzig, Anhänger der Lokalorganisation, führt aus: Es handelt sich nicht um die rein taktische Frage, ob Zentral- oder Lokalorganisation, sondern um prinzipielle Grundsätze, namentlich ist es die Politik der Generalkommission der Gewerkschaften, die auf die großen Verbände zugeschnitten sei, und die

er nicht billigen könne. Die Generalkommission wolle, daß der Weg der Verhandlung beschritten werde. Diese Politik habe die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gezeitigt. Die Gewerkschaften nähern sich damit dem kleinbürgerlichen Standpunkt, den jetzt die Sozialdemokratie mehr und mehr vertritt. Wir müssen dem Kapital von Fall zu Fall etwas abtrotzen, das könne man aber nicht, wenn, wie das Streikreglement der Generalkommission es will, die Entscheidung den Verbandsvorständen in die Hand gelegt werden soll, wann und wo ein Streik beginnen soll. Er wolle aber nicht einer Einigung entgegenarbeiten.

Eine in diesem Sinne lautende Resolution wurde mit 14 gegen 11 Stimmen und die Berliner Vorschläge mit 19 gegen 6 Stimmen angenommen. Damit wäre die Einigung hergestellt. Ob sich alle isolaten Beteiligte dem Beschlusse fügen werden, ist sehr fraglich, so erklärte z. B. der Braunschweiger Vertreter, daß sie trotzdem auf dem Boden der Lokalorganisation weiter arbeiten würden.

Die gegen die Generalkommission erhobenen Vorwürfe, sie wolle mit dem Streikreglement die Verbände bergewaltigen, weiß Sabath, Vertreter der Generalkommission, treffend zurück. Wer das behauptet, so fährt er aus, kenne nicht die Entstehung und die Kompetenz der Generalkommission. Auch für die Einführung von Tarifgemeinschaften sei die Generalkommission nicht eingetreten, sondern sie habe sich nur gegen den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells gewendet, durch den die Buchdrucker, die ihre Generalversammlungsbeschlüsse achteten, aus dem Kartell gewiesen wurden. Das habe sie nicht als richtig anzuerkennen können.

Der Bergarbeiterausstand im Bezirke Meuselwitz-Altenburg, der vor 3 Wochen begann, ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Die Verwaltung hat in Gegenwart des Bergrats Schanz und Berginspektors Böhmisch versprochen, in 8-14 Tagen mit den Belegschaften zu verhandeln und dann Bewilligungen einzutreten lassen. Die Verwaltungen haben schließlich ihr Wort gebrochen. Der „Leipz. Volksztg.“ wird dazu mitgeteilt:

Am Montag früh stellten sich die Leute alle zur Arbeit ein. Zunächst wurden die Streikbrecher verlesen und führen ohne Weiteres ein. Den Streikenden wurde gesagt, sie sollten ein Gesundheitsattest beibringen und von Neuem die Arbeitsordnung unterschreiben, wenn sie ansahen wollten. Man gebrauchte diesen Kniff, um den Streikenden klar zu machen, daß man sie betreffs ihrer erworbenen Rechte an die Knappschäftsliste in Händen habe.

Nach einigen Verhandlungen, bei denen die Direktoren zum Teil höhnische Wendungen gegen die Bergleute gebrauchten, gingen die Arbeiter der Gruben Ernst, Agnes und Union wieder nach Hause. Ähnliche Vorgänge erfolgten auf den Gruben Germania, Otto, Preßlig und Bismard und führten die Arbeiter infolge dessen nicht an. Auf Grube Heinrich blieben 15-20, auf Preußen 3 Mann. Um Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen, wurden Gerüchte verbreitet, daß der Streikführer Thieme mit 4 2000 bestochen sei, um im Interesse der Grubenverwaltungen unter den Arbeitern zu wirken u. Diese Gerüchte hatten zur Folge, daß am Montag Abend eine Anzahl Bergleute anfuhr; diese wurden ohne Weiteres zur Anfuhr zugelassen. Eine am Dienstag Vormittag in Schauerhainischen stattgefundene Versammlung beschloß darauf: Alle einsahren! Und nun läßt man sein Mütchen an den Arbeitern dadurch, daß man 18 Mann, alle verheiratet und mit zahlreicher Familie, maßregeln und alle vor dem Streik versprochenen und bewilligten Zulagen wieder zurückzog.

So sehen die Sachen jetzt. Aber die Arbeiter werden das nie vergessen! Vorläufig haben die Herren der Gruben die Worte des Altenburger Staatsministers v. Heßdorf bestätigt: Es ist nicht zuletzt mit der Hartnäckigkeit der Kapitalisten, die die Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie treibt! — Wer bisher von den Bergarbeitern noch nicht sich der Sozialdemokratie angeschlossen, der wird es, dank dem großzügigen Vorgehen der Grubenverwaltungen, thun.

Klassenkämpfe, Gewerkschaften und Arbeiterpolitik in England. Die große Lohnbewegung der Schuhmacher, Eisenarbeiter und Metallarbeiter, die vor Kurzem dort stattfand, ist noch zu keinem richtigen Abschluß gekommen. Die Schuhmacher in Norwich, von welchen 10 000 Mann die Arbeit niedergelegten, haben die Regelung der Lohnfrage einem Schiedsgericht übertragen, doch ist wenig Hoffnung vorhanden, daß dieselbe eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage erzielen werden. Nur ein geringer Bruchteil der Streikenden sind Mitglieder der allgemeinen Schuhmachergewerkschaft, und Streiks ohne genügende Organisation und Mittel sind fast erfolglos. Hierzu kommt, daß die Zahl wirklich geleiteter Arbeiter in diesem Gewerbe immer kleiner wird.

Die Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter ist gleichfalls einem Schiedsgericht überwiesen. Lohnserhebungen werden beiderseits angefleht und die Arbeiter sind entschlossen, entweder eine erhebliche Verbesserung zu erzwingen oder einen frischen Streik zu beginnen.

Die Lohnbewegung der Metallarbeiter im Norden Englands ist gleichfalls zu keinem endgültigen Abschluß gekommen. Früher oder später wird die Nachfrage in dieser Industrie entschieden werden, und wir werden dann einen der gewaltigsten Streiks sehen.

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter ist die bedeutendste und bestorganisierte in England. Aus dem letzten berendigten Jahreskongreß geht hervor, daß die Zahl der Mitglieder über 80 000 und daß das Jahreseinkommen nicht weniger als £ 290 000 oder 7 1/2 Millionen Franken beträgt. Die Gewerkschaft hat in den letzten Jahren eine entscheidende Stellung in manchen Fragen eingenommen und wählte in den letzten Jahren einen bekannten Sozialisten Namens Burns, zu ihrem Generalsekretär. Die Arbeiter, welche gleichfalls gut organisiert sind, haben zu verschiedenen Zeiten versucht, die Macht der Gewerkschaft zu brechen, bis jetzt ohne Erfolg. Als vor einigen Monaten eine Streitfrage im Norden Englands ausbrach, hielten die Arbeitgeber eine geheime Konferenz ab und theilten dann der Gewerkschaft mit, daß, wenn das unangenehme Vorgehen der Gewerkschaft nicht eingestellt würde, die genannten Mitglieder auf's Pfahler geworfen würden. Wie es jedoch zur Ausbesserung kam, wurde es dem Gütendanken der einzelnen Fabrikanten überlassen, und die Sache verließ im Sande. Jüngst zeigte es sich jedoch, daß die Arbeitgeber aus dem günstigen Zeitpunkt abwarten, um zum Angriff überzugehen.

Angefißt dieses immer drohender werdenden Klassenkampfes beginnen die Gewerkschaftler endlich eine unabhängige Stellung einzunehmen, und auf allen Jahresversammlungen der verschiedenen Gewerbe werden entschiedene sozialistische Beschlüsse in irgend einer oder anderen Form gefaßt. Leider läßt sich dasselbe jedoch nicht von den Gewerkschaftsführern sagen, welche noch im Dienste der liberalen Deutscher-Partei die Rolle von Leithammeln spielen.

Der Streik der englischen Maschinenbauer tritt in ein ernsteres Stadium, weniger in London als außerhalb, woselbst sich der Streik ausbreitet. 19 Arbeitgeber wollen in Bolton die Arbeiter ausschließen und damit die Firmen in Oldham veranlassen, das Gleiche zu thun. Dadurch wurden noch über 15 000 Mann gezwungen, sich den Streikenden anzuschließen.

Humphreys und Tennants in Deptford stellten japanische Arbeiter an, wogegen die Streikenden nichts thun können, die vor Bezug vom Kontinent, nicht aber aus Asien sicher sind. Die Vereinteigte Gesellschaft der Maschinenbauer bereitet ein Manifest internationalen Charakters vor.

Kongreß der deutschen Arbeitsnachweisstellen. Eine Verbindung der bestehenden deutschen Arbeitsnachweisstellen wird seit längerer Zeit geplant. Den Bemühungen des Herausgebers der „Sozialen Praxis“, Dr. Jastrow in Berlin, ist es gelungen, daß noch in diesem Herbst ein Kongreß der deutschen Arbeitsnachweisstellen stattfindet.

Der Zimmererstreik in Bielefeld ist beendet. Die zehntägige Arbeitszeit ist eingeführt.

Der Streik der Maurer in Leipzig dauert unverändert fort. Der Streik steht für die Maurer günstig. Die 100 zu geringsten Polen und Italiener spielen gar keine Rolle, da noch 2000 Maurer am Orte stehen. Täglich werden Arbeitswillige zur Abreise bewogen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Nachspiel zum Tischlerstreik in Kiel. Die Tischler St. und G. waren angeklagt wegen Sachbeschädigung. Sie arbeiteten bei der Firma J. Arp & Sohn und zwar arbeiteten sie im Bau auf Schönweide. Als sie erfuhren, daß die Firma die Forderungen der streikenden Kollegen nicht bewilligt hatte, kamen sie von dort zurück und erklärten, nicht weiter arbeiten zu wollen. Ein Tischlermeister, Erichsen, und zwei Gesellen gingen dann nach Schönweide, um die liegengelassenen Treppen aufzustellen. Sie fanden denn, daß die zur Bezeichnung der Stufen auf die Hinterkante derselben geschriebenen Zahlen entfernt waren, während auf den Futterstufen und Wargen die Zahlen stehen geblieben waren. Durch diesen Umstand wurde die Fertigstellung verzögert und die Anlage nimmt an, daß die Ziffern von den Angeklagten absichtlich entfernt seien, um der Firma Arp & Sohn einen Streich zu spielen. Der Angeklagte St. erklärt, daß die einzelnen Theile der Treppe auf dem Transport, der zwei Stunden gedauert, durch den Regen während dieser Zeit beschmutzt wurden und er im Auftrage des Tischlermeisters G. diese Theile wieder gereinigt habe, aber nicht mit Hobel- und Stachelisen, sondern mit Pfeiflinge und Sandpapier. Die Absicht, der Firma einen Streich zu spielen, hätte ihm absolut ferngelegen. (Das scheint auch nach unserer Auffassung ausgeschlossen zu sein, weil St. zu der Zeit, als er die Treppentheile reinigte, gar noch nicht gewußt hat, daß die Firma nicht bewilligt hatte. D. R.) Tischlermeister G. bestritt zwar die Angaben des Angeklagten St. glaubt aber dennoch, daß die Entfernung der Nummern absichtlich geschehen sei, weil von den an der Wand aufgestellten Stufen diejenigen der Nummern verlustig gegangen waren, welche zufällig mit der Nummerkante nach außen gelegen haben, während die mit der Nummerkante an der Wand liegenden verschont seien. Der Sachverständige, Tischlermeister Störke, erklärt, daß die Nummern zur Aufstellung der Treppen nötig seien, durch die Entfernung der Nummern sei die Treppe jedoch nicht beschädigt, sondern könne die Aufstellung nur verzögert werden. Auch sei es wohl möglich, daß bei der Reinigung die Nummern theilweise mit entfernt werden können. Der Zeichner Holboer erklärt anfangs, über die Sache nichts zu wissen, da er nicht dabei gewesen sei, erbittet sich aber später noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die vorgenommene Reinigung mit der Entfernung der Nummern nichts zu thun habe, weil die Hinterkanten der Stufen unsichtbar bleiben, also nicht gereinigt werden brauchen. Der Angeklagte St. konnte jedoch den sich, ohne aufgefordert zu sein, freiwillig als Sachverständigen erbietenden Zeugen belehren, daß bei der in Frage stehenden Treppe die Stufen von allen Seiten sichtbar seien, da die Futterstufen nicht gegengegabelt, sondern zwischengepaßt wurden. Der Amtsanwalt hielt Sachbeschädigung für vorliegend und beantragte gegen St. M. 20 Geldstrafe event zwei Tage Gefängnis, gegen G. Freisprechung. Rechtsanwalt Schüren plaidirt auf Freisprechung, die schon aus juristischen Gründen erfolgen müsse denn selbst wenn die Angeklagten die Ziffern aus Bosheit beseitigt hätten, könne von einer Sachbeschädigung keine Rede sein. Das Gericht fällt folgenden Spruch: „Wohl sei das Gericht durch die Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Angeklagten die Ziffern absichtlich entfernt haben, um der Firma einen Schabernack zu spielen, doch liegt keine Sachbeschädigung vor, weil die Treppe selbst dadurch nicht beschädigt ist, es müsse deshalb Freisprechung erfolgen, die Kosten des Verfahrens habe die Staatskasse zu tragen.“

Groben Unfug sollte der Vorsitzende der Streikkommission der Tischler in Ostod dadurch verübt haben, daß er die beiden Tischlermeister W. Heedorf und Drauzel damit verhöhnt und belästigt habe, daß er im Vorbeigehen zu seinen Kollegen auf Theodor deutend, gesagt habe: Das ist der Strobelberger'sche Geselle, der Breslauer. Außerdem soll er den Theodor absichtlich auf den Fuß getreten, und was das Schlimmste: als die beiden Tischlermeister zum Bahnhof gingen, hat Peters, zu dem sich noch einige Kollegen gesellen, denselben Weg eingeschlagen und blieb stehen, wenn die Tischlermeister stehen blieben und gingen, wenn diese gingen. Darin soll die Belästigung liegen.

Peters bestritt bei seiner Verteidigung die Absicht, den Theodor habe treten zu wollen; wenn er ihn wirklich auf den Fuß getreten und angestoßen habe, so sei dies infolge des Gedränges auf dem Pfingstmarkt geschehen. Es sei an jenem Abend, einem Sonnabend, sehr voll am Stande gewesen, so

daß eine derartige Anrempelung unter dem Marktpublikum sehr leicht hätte stattfinden können. Er sei überzeugt, daß, wenn nicht die Tischlergesellen im Streit ständen, eine Anzeige von diesem angeblichen Zutritt schwerlich erfolgt sein würde. Die Abmündung: das ist Strobelberger sein Geselle, das ist der Breslauer, habe absolut gar keinen Bezug auf die beiden Tischlermeister gehabt; er habe seinen beiden Freunden, die mit ihm gingen, den Arbeiter aus Breslau, den damals Herr Strobelberger gerade angeworben hatte, gezeigt, als er diesen zufällig unter dem Marktpublikum gewahrt wurde. Er sei sich deshalb nicht bewußt, absichtlich die beiden Tischlermeister belästigt zu haben und beantrage seine Freisprechung.

Der Anwalt hielt den Beweis der absichtlichen Verleumdung für erbracht und beantragte in Erwägung, daß bei dem jetzigen, zwischen den Tischlermeistern und den Gesellen herrschenden gespannten Verhältnis das geringste Vergehen streng bestraft werden müsse, Peters in die im Strafbefehl festgesetzte Strafe und in die Kosten zu verurteilen.

Das ist ja eine merkwürdige Auffassung des freibaren Referendar; hat er schon einmal darüber nachgedacht, daß der Arbeitsvertrag ein freiwilliger ist und kein Arbeiter gezwungen werden kann, zu einem ihm gebotenen Lohne zu arbeiten, sondern daß er berechtigt ist, nach § 152 der Gewerbeordnung sich günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen? Dem Arbeitgeber steht das Recht zu, den geforderten höheren Lohn zu verweigern, damit ist aber doch keineswegs bewiesen oder steht im Voraus garnicht fest, daß die Arbeiter schuld sind an dem gespannten Verhältnis und eben weil das nicht fest steht, und ein großer Unsinn wäre Derartiges zu behaupten, deshalb kann man doch die Arbeiter auch nicht für dasselbe verantwortlich machen, und sie für das geringste Vergehen streng bestrafen wollen. Wir bekreiten dem Herrn Referendar, daß es überhaupt ein Vergehen ist, wenn Menschen, die sich zwar augenblicklich nicht „grün“ sind, eines Weges gehen, und der Eine still steht, wenn dies der Andere auch so macht.

Ja, in Rostock gibt es noch Schöffengerichte, aber Landrichter gibt es auch, und diese werden hoffentlich entscheiden, daß die dem Angeklagten Peters zubilligte Strafe von M. 25 und die Kostenzuerkennung von ihm genommen werden. Das wäre übrigens hübsch, daß Jemand, der sich das Recht nimmt auf der Straße zu gehen sich gefallen lassen muß, daß er für sein ihm zustehendes Recht auch noch M. 25 Strafe zahlen muß, wenn der Hans oder der Franz daran Vergerniß nehmen.

Eine wichtige Entscheidung für Mitglieder freier Hilfskassen ist vom kaiserlichen Ministerium des Innern unterm 30. Mai d. J. gefällt worden. Eine Anzahl Dresdener eingeschriebener Hilfskassen, denen von der Aufsichtsbehörde aufgegeben worden war, an die doppelt versicherten Mitglieder (das heißt die noch bei einer Gemeinde-Krankenversicherung oder einer auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse angehören), die an Stelle von Arzt und Medizin ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes mehr an Krankengeld erhalten, diesen Betrag auch für Sonntage auszusahlen, an denen Krankengeld nicht gezahlt wird, hatte sich mit einer Eingabe um Entscheidung dieser Frage an das Ministerium gewandt. Die Antwort bezw. Entscheidung ist nun beim Stadtrath eingegangen und zu Ungunsten der freien Hilfskassen ausgefallen; auch an erwerbsfähige Kranke soll dieser Betrag gezahlt werden. Die Frage, heißt es in der Entscheidung, ob diese Geldleistung auch an Sonn- und Feiertagen, sowie in dem Falle zu erfolgen habe, wenn das Hilfskassenmitglied zwar krank, aber nicht erwerbsunfähig ist, sei unbestritten. Dann heißt es wörtlich weiter:

Zweifellos ist sie dem Wortlaute des § 75 gegenüber zu verneinen, da von einer Erhöhung des Krankengeldes nur dann die Rede sein kann, wenn solches überhaupt zu gewähren ist, Krankengeld aber auch nach § 6 des Gesetzes nur bei Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an und für die Arbeitsstage zu leisten ist. Das Ministerium des Innern ist indessen der Ansicht, daß auch in den Fällen der Erwerbsfähigkeit und für Sonn- und Feiertage die Abfindung mit dem vierten Theile des ortsüblichen Tagelohnes stattzufinden hat, da nach dem im Gesetze unabweislich zum Ausdruck gebrachten Grundsatze die Hilfskassen unter allen Verhältnissen ebenjoviel wie die Gemeinde-Krankenversicherung leisten und daher ausnahmslos in allen Krankheitsfällen, um ihre gesetzlichen und statutarischen Verpflichtungen zu erfüllen, unbedingt entweder ärztliche Behandlung und Arznei oder den vorgezeichneten Bruchtheil des Krankengeldes als Entschädigung hierfür gewähren muß. Mit dieser Auffassung stimmen übrigens auch die Erklärungen überein, die der Urheber der jetzigen Fassung des dritten Absatzes von § 75 im Reichstage hierzu abgab, indem er ausführte, es sollten die Mitglieder der Hilfskassen an Stelle ärztlicher Behandlung, einen Geldbetrag beanspruchen können. (Schäfer, Kommentar zum Krankenversicherungsgesetz, Anm. 29 zu § 75, vergl. auch Weidte, Anm. 13 zu § 75.)

Die Polizei in Rostock an der Arbeit. Fast ein Duzend freilebende Tischler erhielten polizeiliche Strafmandate über eine Woche Haft, weil sie dadurch groben Unfug verübt haben sollen, daß sie an einem Vormittag auf der Straße die am Streit nicht beteiligten Tischlergesellen Paegelow und Jäger „belästigten“, indem sie, als die Beiden von der Arbeit kamen, Spalter bildeten und sie während des Vorbeigehens fixirten! Wahrhaftig, nun wird's lächerlich, selbstverständlich wird die rührige Polizei vor dem Richter ihre Maßnahmen begründen müssen.

Gingefandt.

Wermelskirchen, den 31. Juli 1897.

Am 16. Juli reiste der Schreinermeister Ludwig Müller von hier nach Ebersfeld, um sich dort Gehälften zu holen. Ein Kollege ist auch mitgenommen, obschon er direkt keine Lust hatte. Der Meister löste ihm ein Billet dritter Klasse und sie fuhrten dann zusammen nach hier. Als sie nun am Sonntag, den 24. Juli, abrechneten, sagte der Kollege, daß er wieder aufbrechen wolle, aber er ist doch noch acht Tage länger geblieben. Er hörte also am 31. Juli auf, und als sie nun abrechneten, zog der Meister ihm das Fahrgehalt von Ebersfeld bis hier ab. (Fahrpreis M. 1,10.) Auch war der Kollege hier noch nicht angemeldet, doch zog ihm der Meister Kranken- und Invaliden-

geld ab. Als der Kollege nun Quittung von der Krankenkasse verlangte, sagte der Meister, die hätte er noch nicht, er müßte ihn erst anmelden. Als sich nun der Kollege am anderen Tage bei der Krankenkasse erkundigte, wurde er gewahrt, daß ihn der Meister noch nicht angemeldet hatte. Die Sache wird wohl gütigend unterzucht werden und dann wird Meister Müller wohl seine Strafe dafür erhalten. Wir eruchen hiermit jeden reisenden Kollegen, diese Verkäufte zu meiden.

NB. Wir bitten den Kollegen Anton Schöfler, Trier, Buch-Nr. 63289, seine Adresse an den hiesigen Vorstand zu richten und uns mitzutheilen, wie die Sache steht.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Tischler!

Die unterzeichnete Agitationskommission giebt den Kollegen in Mecklenburg bekannt, daß in Parchim für Rostocker Tischlermeister, deren Gesellen am Streit theilhaftig sind, von folgenden Meistern gearbeitet wird: 1. Schneider, Berlinerstraße; 2. Lieber, Bleicherstraße; 3. Barlich; 4. Meise, Berlinerstraße. Von diesen beschäftigte Lieber bisher einen Gesellen, der aber jetzt aufgehört hat; alle anderen arbeiteten bisher ohne Gesellen; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt sich nach solchen umsehen werden. Alle Kollegen werden dringend ersucht, bei den genannten Meistern so lange nicht in Arbeit zu treten, als diese Rostocker Arbeiten anfertigen lassen.

Desgleichen lassen die Tischler Brange in Gnien und Müller in Schwaan für Rostocker Tischlermeister Arbeiten herstellen. Die Kollegen werden daher ersucht, auch diese Verkäufte, so lange der Streit in Rostock dauert, zu meiden.

Die Agitationskommission der Holzarbeiter für beide Mecklenburg.

Briefkasten.

Steglitz, W. S. Sie haben die Zeitung garnicht gelesen, sonst müßten Sie gefunden haben, daß der Name in Nr. 27 an erster Stelle unter der Rubrik: „Aus den Berufen.“ genannt ist, allerdings unter dem Ortsnamen Ritzdorf. In Nr. 29 haben wir einer Berichtigung aus R. Raum gegeben, worin uns gesagt wurde, daß eine Firma des von Ihnen genannten Namens in Ritzdorf garnicht existirt, aber in Steglitz sei eine solche. Wir erhofften darüber aus Steglitz Nachricht, allerdings vergeblich. Heute nun schreiben Sie, wir hätten die Notiz im Papierkorb vergraben! Das läßt tief blicken.

Einen. Wenn Sie noch keine acht Tage bei dem Arbeitgeber in Arbeit stehen und noch keinen Lohn gemacht haben, dann brauchen Sie nicht zu kündigen; haben Sie aber bereits Lohn gemacht, so müssen Sie die 14tägige Kündigungsfrist einhalten.

Bünde. Wir haben keinen Brief erhalten. Da in letzter Zeit viele Briefe verloren gegangen sind, bitten wir Sie, sofort bei der Post zu reklamieren.

Glauchau, R. S. Für derartige Inserate haben wir keinen Raum übrig.

Reidorf, G. W. Abziehsteine bekommen Sie bei Ernst Straub, Rostock, und G. Rischmeyer, Hamburg, Breitestr. 26. Langehorn. Die Adresse der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler ist: Hamburg, Bismarckstr. 10. Die Protokolle können Sie vielleicht beim Vorstand noch bekommen. Berrst. Die Zeitung für die Herbstzeit ist mit 55 ¢ pro Quartal an den Verbandsvorstand zu bezahlen.

Hannover, B. Kollege R. ist nicht anwesend und ohne dessen Einwilligung kann ich den Austruf nicht aufnehmen. Groß St. Helgen. Der Ausschluß ist beim Ausschuß, Adresse: St. Schmidt, Berlin SO, Raunhynstr. 40 v. IV., zu beantragen, welcher dann die Veröffentlichung veranlaßt. Ihren Bericht können wir deshalb nicht aufnehmen.

Berlin, G. u. Sch. Da Kollege Köbke verreist ist, habe ich Eure Erwiderungen bis zur nächsten Nummer zurückgestellt. Groß St.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. in Hamburg.)

Invalidenfonds.

Für den Invalidenfonds gingen seit der letzten Quittung in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 16. Mai folgende Gelder ein: Berlin B. M. 99,95, Berlin D. 50, Berlin E. 53,10, Berlin F. 23,10, Berlin G. 50, Berlin H. 52,75, München, von einem Mitgliede überwiesen 62,71, München 100, von S. in R. 60, Hamburg IV. 29, Würzburg II. 20, Mülhausen 20, Mannheim 10, Neuhofen 8,67, Zeitz 7, Weissensee 6,37, Ralf 6,32, Neckarau 5, Fürth 5, Rippes 5,70, Wülheim a. Rh. 4,10, Worms 4, Gonsenheim 3,50, Heddesheim 2,60, Eschhal 2,20, Alersgehöfen 2, Erlangen 1,70, Rabernau 1,30, Mölln 1, Camnstat 1, Summa M. 698,07. Hierzu der in voriger Quittung veröffentlichte Stellenbestand von M. 1730,91, macht M. 2428,98.

Unterstützung erhielten 15 invalide Mitglieder, davon 3 je M. 25 und 12 je 20, zusammen M. 315. An Porto für Geldsendungen und Korrespondenzen wurden M. 3,60 verausgabt, macht Gesamtausgabe M. 318,60. Es bleibt demnach ein Kasseebestand von M. 2110,38. Allen Gebern im Namen der Unterstützten besten Dank. Mögen die Ortsverwaltungen und Mitglieder auch fernerhin durch freiwillige Gaben oder Ueberstüßle von Bergütungen zur Stärkung des Invalidenfonds beitragen.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Abrechnung über den Zentral-Streikfonds für die Jahre 1895 und 1896.

I. 1895.

Einnahme.

Bestand vom 31. Dezember 1894.....	M. 3 087,53
Beiträge der Zahlstellen.....	28 972,73
von Einzelmitgliedern.....	1 016,23
Sonstige Einnahmen.....	715,25
Aufgenommene Darlehen.....	20 000,—
Summa.....	M. 53 791,74

Ausgabe.

An Streikunterstützung:	Transport M. 6 312,75
Berlin.....	M. 2 783,—
Delmenhorst.....	23,—
Eisenach.....	200,—
Freiburg i. B.....	39,—
Güstrow.....	2 940,—
Halle.....	27,—
Itzehoe.....	200,75
Konstanz.....	150,—
Ueberschlag M. 6 312,75	Summa M. 78 536,76

Sonstige Ausgaben: Für Rechtschutz M. 38,84, Reisekosten und Diäten M. 309,40, Druckfachen M. 204,—, Quittungsmarken M. 73,—, Porto M. 69,59. Summa M. 694,83. Zurückgezählte Darlehen M. 16 000,—.

II. 1896.

Einnahme.

Beiträge der Zahlstellen, einschließlich für Maimarken.....	M. 41 049,87
Beiträge von Einzelmitgliedern, einschließlich für Maimarken.....	606,85
Sonstige Einnahmen.....	2 898,98
Ertrag der Extrasteuer pro viertes Quartal.....	26 930,90
Aufgenommene Darlehen.....	15 000,—
Vorschuß aus der Verbandskasse.....	128 500,—
Summa.....	M. 214 479,80

Ausgabe.

An Streikunterstützung:	Transport M. 136 610,12
Altenburg.....	M. 64,—
Baunzen.....	136,45
Berlin.....	8 344,75
Bielefeld.....	414,50
Brandenburg.....	307,21
Breslau.....	144,—
Coburg.....	537,—
Dortmund.....	1 300,—
Eisenberg.....	581,50
Erlangen.....	376,68
Essen.....	120,—
Halsburg.....	1 100,—
Fraunfurt a. M.....	1 849,12
Friedrichshagen.....	200,25
Fürth.....	27 250,—
Halle.....	1 899,—
Hof.....	20,—
Herford.....	300,—
Lauterberg.....	89 472,66
Leipzig.....	2 833,—
Lörrach.....	124,—
Lübben.....	236,—
Ueberschlag M. 136 610,12	Summa M. 157 370,38

Sonstige Ausgaben: Für Rechtschutz M. 400,—, Reisekosten und Diäten M. 556,70, Druckfachen M. 367,50, Quittungsmarken M. 199,—, Porto M. 68,05, Zinsen für aufgenommene Darlehen M. 165,—. Summa M. 1756,25. Zurückgezählte Darlehen M. 14 000,—.

Bilanz.

Einnahme.

Bestand am 31. Dezember 1894.....	M. 3 087,53
Beiträge der Zahlstellen.....	70 016,10
von Einzelmitgliedern.....	1 622,78
Sonstige Einnahmen.....	3 174,23
Ertrag der Extrasteuer pro viertes Quartal 1896.....	26 930,90
Aufgenommene Darlehen.....	35 000,—
Vorschuß aus der Verbandskasse.....	128 500,—
Saldo-Vortrag pro 1897.....	85,68
Summa.....	M. 268 357,22

Ausgabe.

Streikunterstützung.....	M. 235 906,14
Sonstige Ausgaben.....	2 451,08
Zurückgezählte Darlehen.....	30 000,—
Summa.....	M. 268 357,22

Vorstehende Abrechnung mit den Büchern übereinstimmend befunden: Die Revisoren:

Gustav Schulz, Benedikt Knörle, Joh. Weber, Wilh. Müller.

Nach obiger Zusammenstellung wurden seitens der Zentral-kasse für Streiks verausgabt im Jahre 1895..... M. 79230,59 und im Jahre 1896..... 159126,63

Diese Summen schließen aber keineswegs die Gesamtkosten in sich, sondern nur diejenigen Beträge, welche von der Zentral-kasse an die Streikorte gefandt bzw. mit diesen verrechnet oder direkt durch die Zentral-kasse verausgabt wurden. Um die Gesamtkosten der Streiks feststellen zu können, müssen alle die Beträge hinzugerechnet werden, welche von den Streikorten selbst aufgebracht oder von anderen Orten direkt an die Streikorte gefandt wurden. Diese Summen betragen

im Jahre 1895.....	M. 23513,96
und im Jahre 1896.....	75300,04
so daß die Gesamtkosten betragen	
im Jahre 1895.....	M. 102744,55
und im Jahre 1896.....	234426,67

Wie ersichtlich, wurden von den aufgenommenen Darlehen im Betrage von M. 35000 nur M. 30000 zurückgezahlt, während die restlichen M. 5000 in diesem Jahre abgetragen wurden. Den Streikorten überwiesen wurden bis zum 7. August M. 76000, M. 1000 wurden den Hafenarbeitern überwiesen und M. 550 waren für diverse Ausgaben erforderlich. Es beträgt somit die Gesamtausgabe in diesem Jahre bis 7. August M. 82550. Eingegangen für Streiks sind bis zum gleichen Tage, einschließlich des Ertrages für Maimarken, nur M. 16770, so daß aus der Verbandskasse ein Zuschuß von M. 65780 erforderlich war. Die Kollegen mögen hieraus ersehen, daß die Zuwendungen zum Streikfonds anderen Umfang annehmen müssen, wenn die Streik-kasse den Ansprüchen genügen soll.

Carl Bloß, A. Bohne.

Quittung.

Für die Delegation zum internationalen Arbeiterkongress in Paris gingen bei uns ein: Weinhelm, Friedrich M. 5 und Berst, Balth 1,91. Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 $\frac{1}{2}$)

Altona. Am Dienstag, den 17. August, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wwe. Ehler, Nordstraße 37. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Darmstadt. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab unsere Versammlungen in der Wirtschaft „Zur goldenen Rose“, Schloßgasse 2, stattfinden. Nächste Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 21. d. Mts. Die Ortsverwaltung.

Hamburg. Sektion der Stellmacher. Am 21. August bei Hillmer, Gärtnermarkt.

Rötchenbroda. Sonntag, den 15. August, Nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung im Restaurant „Harmonie-Schloßchen“ in Rötchenbroda, Harmoniestraße. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Debatte. 3. Gewerkschaftliches. Bahsreiches Erscheinen wünsch!

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Durlach. Bevollmächtigter O. Trinks, Kronenstr. 4, 2. Et. Hs. Kassirer B. Steinert, Kronenstr. 19. Dasselbst wird die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr ausbezahlt. Die Ortsverwaltung.

Jehve. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge von jetzt ab in der Bentzlerherberge bei Herrn W. Dittorf, Sandberg 62, befindet. Die Ortsverwaltung.

Oberhausen. Bevollmächtigter Gottfr. Müller, Schreiner, Schlankestraße 33.

Deinhausen. Bevollmächtigter Carl Giesch, Reimerstraße 22.

Rixdorf. Das Vereinslokal befindet sich bei Waz Hoffmann, Prinz Handjerry- und Falkstraße-Gde; daselbst der Arbeitsnachweis, geöffnet Abends von 8-9 Uhr. Die Reiseunterstützung wird zu jeder Tageszeit in dem Lokal ausbezahlt. Die Ortsverwaltung.

Aufforderung.

Der Tischlergehilfe Otto Schönsfelder wird dringend aufgefordert, seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort an die Ortsgruppenleitung Ansee in Steiermark bekannt zu geben und seinen Verpflichtungen gegenüber dieser Ortsgruppe baldigst nachzukommen.

Aufforderung.

Der Tischler Hermann Ohlhoff aus Bolzenbüttel, Buch-Nr. 62 787, wird hiermit aufgefordert, sofort Marken oder Geld an die Verwaltungsstelle Wände abzuliefern.

Aufruf.

Der Tischler G. Feder aus Egenitz wird ersucht, seinem Bruder H. Feder in Egenitz, Goldbergstr. 18, binnen 14 Tagen ein Lebenszeichen zu geben.

Der Schreiner Hermann Georg Schüttler aus Offenbach a. M. wird dringend gebeten, seiner Mutter sofort Nachricht zu geben. Kollegen, welche den Aufenthalt des Vorbenannten kennen, wollen davon Mitteilung an nachstehende Adresse machen. **Herrn Joseph Glück, Offenbach a. M., Dierbergstr. 4a.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Görlitz.
Sonnabend, den 21. August 1897, Abends 8 Uhr:

13. Stiftungsfest
in den Sälen des „Konzerthauses“.
Konzert, Theater und Ball.
Die Mitglieder der umliegenden Verwaltungsstellen sind hiermit freundlich eingeladen. Um zahlreichen Besuch bitten.
Der Vorstand.

Oldesloe.
Großes Gewerkschaftsfest
am Sonntag, den 22. August 1897.

Nachmittags beginnt 3 Uhr:
Abmarsch von Herrn des Herrn Kahl nach dem Schwarzendamms, daselbst Preiswettbewerb und Segeln. Karten zum Festung für Herren 30 $\frac{1}{2}$, Damen frei.
Ort: Bei 3 bei Frau Kahl.
Die umliegenden Verwaltungsstellen sind hierzu freundlich eingeladen.
Das Comité.

Tüchtige Möbeltischler

auf gute Arbeit sofort gesucht.
Nabenauer Holzindustrie.
Inhaber: G. O. Zimmermann, Nabenau i. S.

Tüchtige Modelltischler

finden dauernde und gut bezahlte Beschäftigung.
Kottbuser Maschinenfabrik,
Kottbus.

Gesucht

10 tüchtige Polierer, einige tüchtige Stuhlbaner, sowie einen tüchtigen Wandfeger.

H. Fr. Krumwiede,
Stuhlfabrik und Dampfsgewerk,
Selle (Hannover).

3 tüchtige Stuhlbaner

und 1 Polierer sucht für dauernde Beschäftigung
W. Bohk, Stuhlfabrik,
Burg b. Magdeburg.

4-6 tüchtige Drechslergesellen

finden dauernde Arbeit auf Kraftbetrieb in der Lugschmiedefabrik von

M. Grünert, Döbeln i. S.

Suche sofort 2 tüchtige

Drechslergesellen

für dauernde Arbeit und hohen Lohn.
F. Kassel, St. Johann (Saar).

Tüchtige Drechsler sofort gesucht.

Dampfzerei A. Kutsche,
Dundersdorf.

Einige tüchtige Bohrer

für alle Arten Büchsenhölzer, welche selbstständig arbeiten können bei Dampftrieb, werden für dauernde Beschäftigung gesucht.

Offerten unter B. E. 30 in der Exp. d. Bl. niederzulegen.

Gesucht per sofort bei gutem Lohn und dauernder Stellung einige Naturstoffarbeiter und Stockbieger, die auch für sind im Geradmachen, von einer Spazierstockfabrik. Näheres in der Exp. d. Bl.

Ein Korbmachergehilfe

auf Gematt. J. H. Bogenrieder,
Burgdamm bei Bremen.

50 tüchtige Korbmacher

stellen noch ein
Calm & Ahlfeld,
Rohrwaarenfabrik Bernburg.

3 tüchtige Korbmacher

auf Mattarbeit gesucht bei
E. Viehweg,
Magdeburg B., Schönebiederstr. 90.

Korbmachergefellen

auf grüne Arbeit erhalten dauernde Beschäftigung bei
A. Fröbel, Stettin.

Suche zwei tüchtige Korbmachergefellen auf Mattarbeit, bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.
Gottf. Port, Korbmachermesser,
Heiligenrode (Hessen).

1 bis 2 Korbmachergefellen

auf Mattarbeit. Dauernde Beschäftigung.
W. Köhnke, Korbmacher,
Greifenhagen, Salzstraße 206.

Gesucht Korbmachergefellen auf runde Kugelförbe.
60 $\frac{1}{2}$ Arbeitslohn. Langjährige feste Arbeit.
W. Heitmann, Hamburg.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe, welcher auf Beschlagene und Reparaturen geübt ist, findet sofort dauernde Stellung bei
O. Ulrich, Korbgeschäft,
Wurzen, Jakobplatz 7.

Ein junger, tüchtiger

Bürstenmacher

erhält dauernde Beschäftigung.
Otto Schonert, Bürstenfabrikant,
Erfurt.

Ein tüchtiger Horndrechsler, auch verheiratet, wird sofort gegen hohen Lohn für dauernde Beschäftigung.
Dampfdrechsleri F. Schmitz,
Zersdorf.

Genossen! Kommt zur den Bleistift von Jean Bloss, Straß bei Nürnberg.

30 Schod Bund grüner Korbweiden

hat abzugeben
E. Viehweg, Korbmachermesser,
Magdeburg B., Schönebiederstraße 70.

Eine seit 38 Jahren bestehende Stellmacherei ist mit vollem Inventar und Material wegen hohen Alters billig zu verkaufen.
Off. u. T. 1744 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Hannover, erbeten.

Kommissionslager für Berlin,

für Stellmachergebölzer, als Eiche, Buche, Rüster, Esche zc. gesucht. Die Firma arbeitet seit Jahren mit Wagenfabriken, daher Absatz gesichert. Platz mit Bahnanschluss; Kanal in nächster Nähe. Bedingungen kulant; eventuell freies Lager.
Offerten unter L. Z. 11 an die Expedition „Das Journal für Wagenbaukunst“, Berlin, Kanonenstraße 31/32.

Die Gesundheitspflege

des Arbeiters.
Von H. Wolf, Naturheilkundiger.
Preis 50 Pfennig.
Diese vorzügliche Schrift enthält die Grundzüge der proletarischen Hygiene, insbesondere auch auf dem Gebiete des Geschlechtslebens. Probeexemplar gegen 50 Pfg. in Postm. franco.
A. Herrmann & Co., Verlag, Dresden.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kautschukstempel, sowie alle Druckerarbeiten

in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth
Konrad Müller,
Schleuditz-Leipzig.
Illustrirte Preislisten gratis!

Das zur Konturmasse Ernst Köster & Co. in Lübeck gehörige Grundstück, Fackenburg Allee Nr. 67, bestehend aus einem Wohnhause, enthaltend drei Wohnungen und im Keller geschloß Maschinen- und Arbeitsräume, einem Nebengebäude, enthaltend Schmiedewerkstatt, ferner und großer Lagerstuppen, ist ohne hinter diesen Gebäuden liegend: **Bürstenfabrik** oder mit sämtlichen Maschinen zu verkaufen. An Maschinen sind vorhanden: 1 25 pferdige Dampfmaschine mit Kessel, 1 Kreislreenn-, 2 Kreis- und 1 Wandfäge, 1 Dichtenhobel-M., 1 Abriehthobel-M., 1 Kreis-M., 2 Bürstenbohr-M., 1 Rundstab-M., 1 Sägeschärf-M., 1 Horizontal-Gatter, 2 Drehbänke und Vieles mehr. Erforderliche Anzahlung M. 12-15 000.
Näheres R. H. Wilh. Hellmann, Lübeck.

Anhaltische Zerbst Bauschule Zerbst
Special-Kurse für Baugewerk- und Bahnamstar Tischler- u. Stalamentzechner.
Staats-Prüfungs-Commiss. Vorkursus Oktob. Wintersemester 4. Nov.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechsleri-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Berlag: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.

Sherm's Reise-Handbuch
für wandernde Arbeiter (u. Radfahrer!)
2. Aufl. Ueber 2000 Reisetouren. Mit 1 Eisenbahnkarte und 2 Orientierungskarten (Straßen-Karten, Geb. M. 1,50. Zu bez. durch J. Scherz, Nürnberg, u. die Expedition d. Blattes.

Fachschriften u. Lehrbücher
für Handwerker u. Gewerbetreibende.
Katalog gratis.
JOH. SASSENBACH, Buchverlag, BERLIN

Marken Stempel
u. Stempel

Liefert seit 19 Jahren für tausende Rassen, Vereine u. Verbände aller Länder
Jean Holze,
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Verlangen Sie meinen ill. Preis-Kurant.

Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen gebunden, Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, oder gegen Einzahlung von M. 1,80 (auch in Briefmarken) von
G. Slomke's Verlag, Bielefeld.